

Umweltbrief Oktober 2010**Gemeinwohl-Ökonomie**

Seit drei Jahrzehnten setzen Politik und Wirtschaft fast immer die gleichen Instrumente gegen die gleichen Probleme ein. Die Marktgesetze belohnen heute Egoismus, Gier, Geiz, Rücksichts- und Verantwortungslosigkeit. 88% der Bundesbürger wünschen sich inzwischen eine >neue Wirtschaftsordnung<, so das Ergebnis einer [Umfrage](#) des Meinungsforschungsinstituts Emnid. Denn die meisten Menschen glauben mitnichten, dass jetzt alles einfach wieder gut wird. Nur noch ein Drittel der Bürger glaubt daran, dass das Wachstum automatisch auch ihre private Lebensqualität steigern wird.



Unsere Gegenwart ist bestimmt von (maßloser) Beschleunigung: in Verkehr, Warenumsatz, Energieverbrauch ... und in den Umweltauswirkungen. Man muss nicht ständig überall hinfliegen und jedes neue Produkt haben wollen. Dieser Materialismus ist tatsächlich eine Gefahr für die Umwelt.

Würden wir eine Welt vermissen, in der man sich zwischen drei Dutzend Fernsehprogrammen, Internet, DVD, Kino und anderen Zerstreuungen glaubt entscheiden zu müssen und in der Spaß zum Freizeitstress wird? Wäre es nicht schöner, wieder mehr selbst zu gestalten? Mehr Zeit für die Kinder zu haben. Endlich mal wieder selbst Musik zu machen oder zu kochen, dem Nachbarn zu helfen oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Der [Abwurf von Wohlstandsballast](#) wirkt befreiend. Es gilt, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, statt sich in einer frustrierenden Vielfalt von Glücksversprechen zu verlieren.

Die „Gemeinwohl-Ökonomie“ ist tendenziell eine Form der Marktwirtschaft, in der jedoch die Motiv- und Zielkoordinaten des (privaten) unternehmerischen Strebens „umgepolt“ werden – von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation. Der Autor und politische Aktivist Christian Felber hat in seinem Buch „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“ die Grundlagen ausgearbeitet. Daraufhin bildete sich ein Kreis von UnternehmerInnen, die das Modell gemeinsam mit Felber weiterentwickelt und mit einem Namen versehen haben.

Die Gemeinwohl-Ökonomie baut auf genau den Werten auf, die unsere zwischenmenschlichen Beziehungen gelingen lassen: Vertrauensbildung, Verantwortung, Mitgefühl, gegenseitige Hilfe und Kooperation.

Diese humanen und nachhaltigen Verhaltensweisen werden gemessen („Gemeinwohl-Bilanz“) und belohnt, mit einer Fülle von Anreizen und „systemischen Aufschaukelungen“: das Marktstreben wird „ethisch umgepolt“.

Die Gemeinwohlabilanz fördert, wer

- hundert Prozent der Vorprodukte aus der Region bezieht,
- gleich viele Frauen in den Führungsgremien hat wie Männer,
- für gleichen Arbeitseinsatz gleichen Lohn bezahlt,

- die Beschäftigten weitreichend mitbestimmen lässt,
- mehrere Menschen mit besonderen Bedürfnissen einstellt,
- Kundenvertreter in die Planung einbezieht,
- offen kalkuliert,
- Know-how freiwillig an die Mit-Unternehmen weitergibt.

Heute gilt Finanzgewinn als allentscheidendes Kriterium für unternehmerischen Erfolg. Bessere Finanzergebnisse können mit weniger Arbeitsplätzen, zerstörter Umwelt, steigender Armut oder zunehmender Kriminalität einhergehen. Dabei sagt ein höherer Finanzgewinn nichts darüber aus, ob mehr oder weniger Grundbedürfnisse befriedigt, die Lebensqualität und das Gemeinwohl gemehrt oder vermindert werden.

In der Gemeinwohl-Ökonomie muss nicht „letztendlich das Geld“ stimmen, sondern die **Gemeinwohl-Bilanz**. Dann geht es den Menschen und allen Wesen gut.

Wie Sie im Energiefeld Gemeinwohl-Ökonomie mitmachen können, erfahren Sie bei

<http://www.gemeinwohl-oekonomie.org/mitmachen>

http://www.thalia.at/shop/home/artikeldetails/die_gemeinwohl_oekonomie

Weitere Themen:

- + Wertstofftonne: Verwerten statt Verbrennen
- + Werbung im Kampf mit der Lebenszeit
- + Lizensierung von Cannabis
- + Gebraucht statt neu: Online-Auktionen entlasten Umwelt

- + Umwelttechnologien + Erneuerbare Energien
 - Zukunftstechnologien
 - Solkraftwerk so groß wie ein AKW
 - Fincube: ein nachhaltiges Einzelgebäude

- + Elektromobilität
 - Die Vorteile der Elektromobilität
 - Stromspeicher Elektroauto
 - Einradroller Ryno
 - Bundesweites Zweitakterverbot
 - Kooperation bei Elektromobilität: BYD und RWE
 - Der Elektroauto-Schwindel
 - Elektroauto Pininfarina BlueCar kann jetzt vorbestellt werden
 - Das Auto - der mobile Leerlauf?
 - Die Geschichte des Elektrofahrzeugs
 - Tesla Model S: Elektroauto für die ganze Familie
 - Wie fährt sich ein Elektroauto?

- + Umweltfinanzen
 - Innovatives Waldinvestment GreenAcacia
 - Misstrauen gegenüber Banken
 - Unterschriften für Finanztransaktionssteuer

- + Spruch des Monats: Konrad Freiberg

- + Die Macht der Konzerne: Katastrophenkapitalismus
- + Korruption: Der Weg des Geldes
- + Faire Preise für Europas Bauern
- + Gentechnik - Patente - Biopiraten: Der Ausverkauf der Artenvielfalt
- + Vorsicht vor Synthetischen Organismen

- + Klimawandel
 - Es wird heißer und heißer
 - Website macht Klimagelder transparent
 - Klimakiller Dieselmotoren
 - Das Zeitalter der Dummheit

- + Atomkraft
 - Der AKW-Laufzeiten-Skandal
 - Polizei befürchtet Eskalation der Gewalt
 - AKW: Schwangere, Kinder, Leukämie
 - Energiewende
 - 100 gute Gründe gegen Atomkraft

- + Demokratie oder Öl-Wirtschaft
 - Peak-Oil-Studie der Bundeswehr und ihre Bedeutung für Kommunen
 - Das Ende des Erdölzeitalters
 - Deepwater Horizon - der Horror geht weiter

- Erdöl-Weltverbrauch
- Der nächste Ölpreisschock kommt bestimmt!
- + Totale Überwachung
 - Zusammenhang zwischen Konsumgütern, Technik und totaler Überwachung
 - Privatsphäre: Einstellungen absichtlich verwirrend
 - Google Street View Widerspruch
 - Automatischer Scan
- + Buchtipps Franz Josef Radermacher: *Global Impact*
- + Filmtipp Paul Watson: *Die Bucht (The Cove)*
- + Statistik: Zwei Drittel gegen AKW-Laufzeitverlängerung
- + PS: Elektrische Felder beeinflussen Hirnfunktionen

PDF-Druckversion Denken Sie bitte an Umwelt und Ressourcen: Speichern ist umweltfreundlicher als drucken.

For translations into other languages we recommend
<http://de.babelfish.yahoo.com>

Wertstofftonne: Verwerten statt Verbrennen

Sinnvoll trennen und mehr recyceln mit der Wertstofftonne.

Momentan landen in Deutschland wertvolle Ressourcen in der Müllverbrennung und gehen somit endgültig verloren. Unter dem Motto "Verwerten statt Verbrennen" fordert der NABU die Einführung einer Wertstoffmülltonne für jeden deutschen Haushalt ab dem Jahr 2012, in der neben Verpackungen auch **alle anderen recycelbaren Materialien** wie Metall und Kunststoffe gesammelt werden sollen. Vor diesem Hintergrund hat der NABU beim deutschen Bundestag eine Öffentliche elektronische Petition zur Einführung einer Wertstofftonne eingereicht. Ab sofort können alle Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme für die Wertstofftonne bis zum 20. Oktober abgeben. Kommen ausreichend Unterschriften zusammen, wird es eine Öffentliche Anhörung im Petitionsausschuss des Bundestages geben.

Eine Wertstofftonne ist sehr wichtig für die Erhaltung unserer Ressourcen! Unterstützen Sie das Vorhaben des NABU und stimmen Sie für mehr Recycling bei

<http://www.verwerten-statt-verbrennen.de>
<http://www.nabu.de/petition>

Werbung im Kampf mit der Lebenszeit

Nicht nur Informationsmassen fluten auf uns zu, auch die Werbung nimmt immer megalomanischere Ausmaße an. Eine Chinesin hat nun den Stopp-Knopf gedrückt. In der chinesischen Stadt Xian hat die Anwältin Chen Xiaomei ein Kino und einen Filmverleih wegen Zeitdiebstahls verklagt: Vor dem Hauptfilm waren 20 Minuten Werbung gezeigt worden. Da sie nicht darauf hingewiesen worden sei, dass ein solch extrem ausladendes Reklamepräliminar zu erwarten wäre, forderte sie nun ihr Eintrittsgeld zurück.

Darüber hinaus will Xiaomei 35 Yuan als Kompensation für den erlittenen seelischen Schaden sowie eine schriftliche Entschuldigung haben.

Und das Beste: Das Gericht in Xian hat die Klage akzeptiert. Mehr bei
<http://www.heise.de/tr/blog/artikel/Der-Kampf-um-die-Lebenszeit-1080148.html>

Lizensierung von Cannabis

Gesetzgeber sollten ernstlich darüber nachdenken, Cannabis zu lizensieren, fordert Roger Pertwee, einer der prominentesten Drogenexperten Großbritanniens. Seiner Ansicht nach ist die Kriminalisierung von Cannabis ineffektiv.

"Eine Hanfpflanze liefert zwischen 40 und 60 verschiedene Cannabinoide. Daher muss auch sichergestellt werden, welche dieser Substanzen abgegeben werden", erklärt der Mediziner Kurt Blaas, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft "Cannabis als Medizin". Es sei nicht einzusehen, dass ein wertvolles Arzneimittel, das in medizinisch indizierten Dosen verabreicht, kaum Nebenwirkungen zeigt, immer noch derart verteufelt wird. "Hanf wird von allen Seiten negativ stigmatisiert", so der Arzt. "Selbst Hanfbauern, die Hanföl, Hanfbier oder Hanfmehl herstellen, sind davon betroffen. Und das obwohl die EU den Hanfanbau finanziell fördert."

Die kalifornischen Bürger werden am 2. November 2010 eine wichtige Entscheidung treffen, die möglicherweise große Auswirkungen weit über den Bundesstaat hinaus haben könnte. Sollte die Proposition 19 angenommen werden, dann wären Konsum, Anbau und Mitsichführen von Marihuana mit Einschränkungen für Personen über 21 Jahre legal. Marihuana dürfte in nichtöffentlichen Orten oder in lizenzierten Räumen konsumiert, bis zu einer Unze (28,3 g) dürften mitgeführt und Pflanzen auf einer Fläche von 2,3 Quadratmeter auf Privatbesitz angebaut werden. Mehr bei <http://www.presstext.de/experte-fordert-lizensierung-von-cannabis>
<http://www.cannabismedizin.at>
<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33273/1.html>

Gebraucht statt neu: Online-Auktionen entlasten Umwelt

Die Auktionskultur hat in der Krise Hochkonjunktur. Gewinner ist dabei indirekt die Umwelt, da sich einerseits die Lebensdauer der Produkte verlängert und andererseits weniger neue Güter gekauft wurden. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie "Wiederververkaufskultur im Internet".

Demnach hätten beispielsweise rund 40% der Befragten ohne ebay Kinderkleidung neu statt gebraucht erworben. Bei Notebooks und Sofas wären es rund 25%. Ein kleiner Teil von knapp über 14% hätte sich ohne die Online-Auktionsplattform die Produkte gar nicht leisten können.

Insgesamt zeigt die Studie, dass der Gebrauchthandel mit Gütern umweltentlastend ist. WWF und eBay starten nun eine Kooperation und gemeinsame Info-Offensive.

Durch den Kauf und Verkauf von Gebrauchtgütern und der damit verbundenen längeren Nutzung von natürlichen Ressourcen kann jeder Einzelne seinen persönlichen ökologischen Fußabdruck reduzieren. Mehr bei

<http://www.presstext.de/gebraucht-statt-neu-online-auktionen-entlasten-umwelt>

Der "ökologische Fußabdruck" ist ein Maß dafür, wie stark der menschliche Ressourcenverbrauch die natürlichen Kapazitäten der Erde beansprucht. Er misst, wie viel Acker, Wald- und Weideland für die Produktion unserer Güter benötigt wird.

Den persönlichen Fußabdruck kann jede(r) errechnen bei

<http://www.fussabdruck.at>

Umwelttechnologie + Erneuerbare Energien

Um das 21. Jahrhundert zu überleben, müssen wir unseren Energieverbrauch in dem Maße durch Erneuerbare Energien ersetzen, wie er im 19. und 20. Jahrhundert entstanden ist. Wenn wir unsere natürlichen Energien nicht nutzen, so ist das nur auf einen Intelligenzmangel unserer Spezies zurückzuführen. Idealttechnologien nutzen Ressourcen, die unbegrenzt verfügbar sind, bei ihrer Nutzung nicht verschleißten, die regenerierbar sind und nach deren Nutzung keine negativen Folgeeffekte auftreten.

Umwelttechnologien sind Zukunftstechnologien.

Erneuerbare Energien sind zwar derzeit noch teurer als fossile Brennstoffe, doch muss man dabei auch deren enorme ökologische Kosten sehen!

Bis Ende des Jahrzehnts werden in Deutschland weit mehr Menschen in der

Umwelttechnologie als in der Automobilindustrie beschäftigt sein.

Je mehr jetzt in Umwelttechnologien und Erneuerbare Energien investiert wird, desto schneller kann die Rezession überwunden werden.

>>> Die Subventionen für Atomkraft in den 1970er Jahren in Höhe von ca. 500 Milliarden DM sind übrigens nie diskutiert worden!

Alein ein stärkerer Ausbau der Erneuerbaren Energien kann bis 2020 mehr als 50 Millionen Tonnen CO₂ zusätzlich einsparen. Wirtschaft und Verbraucher geben dann auch 10 Milliarden Euro weniger für Energieimporte aus.

Zukunftstechnologien

Die Internationale Energieagentur in Paris (IEA) hat vorgerechnet, dass etwa ein **Prozent der Fläche der Sahara ausreicht, um die ganze Welt mit Solarstrom zu versorgen**. Strom aus Solarzellen erspart der Atmosphäre im Vergleich zum Normalstrom fast 90% der schädlichen Emissionen.

In einem verschämten Papier des BMZ in Bonn ist nachzulesen, dass es Entwicklungen gibt, die eine autarke Energieversorgung ermöglichen, ohne auf fossile Primärenergie zurückgreifen zu müssen. **Der Hinweis auf die Nichtförderung dieser Technologien spricht Bände**. In Garching werden Milliarden in die Fusionstechnologie der heißen Art gesteckt - und Entwicklungen, die von entscheidender Bedeutung sind, werden für den möglichen Einsatz in Entwicklungsländern und Schwellenländern empfohlen.

Steigende Energiepreise sind das Ergebnis des übermäßigen Verbrauchs von Ressourcen. Die Finanzkrise basiert auf immer wieder platzende Blasen und der Verschuldungswirtschaft. Was die Lawine ermöglicht hat, ist eine auf billigem Öl und Gas aufgebaute Gesellschaft. Wir brauchen dringend Alternativen, denn unsere Gesellschaft steht an einem Scheideweg zwischen Leben und Tod – und höhere Preise für Energie und Ressourcen.

Die Erneuerbaren Energien bieten diese Lösung an; sie garantieren Preisstabilität und Unabhängigkeit bis hin zur lokalen Autarkie. Die natürlichen Energiequellen bieten insgesamt 3078 mal so viel Energie, wie derzeit weltweit benötigt wird! Wichtig sind jetzt großzügige Investitionen und auch Subventionen in innovative Umwelttechnologien und erneuerbare Energieprojekte!

Dann kann unser Energiebedarf sogar schon bis 2020 durch 100% Erneuerbare Energien gedeckt werden.

Die fossile Wirtschaft wird schon in Kürze ohnehin untergehen, gleich wie viel Subventionen auch fließen mögen.



Solkraftwerk so groß wie ein AKW

Die Erlanger Firma Solar Millennium will in Kalifornien das weltgrößte Solarkraftwerk errichten. Vier Solargroßanlagen sollen eine Gesamtleistung von 1.000 Megawatt haben. Damit stößt ein Solarprojekt weltweit erstmals in die Dimension von Kernkraftwerken vor. Das Projekt kostet bis zu sechs Milliarden Dollar und soll bis 2013/2014 fertiggestellt sein. Baubeginn ist wahrscheinlich noch 2010.

Kaliforniens Gouverneur Arnold Schwarzenegger begrüßte die jetzt bekannt gewordene Baugenehmigung und sagte: „Projekte wie dieses benötigen unsere unmittelbare Aufmerksamkeit. Da **Solarenergie und andere erneuerbare Energien die Zukunft von Kaliforniens Wirtschaft sind.**“

Chinas Regierung hat vor einiger Zeit ein Solarkraftwerk von doppelter Größe angekündigt. Baubeginn ist im Jahr 2012.

<http://www.sonnenseite.com/Aktuelle+News,Schwarzenegger-+Solarkraftwerk>

Fincube: ein nachhaltiges Einzelgebäude

Fincube ist eine für seinen Besitzer individuell gestaltete, multifunktionale Einheit, die Wohnen und Bauen auf Zeit ermöglichen soll.

Durch die Verwendung natürlicher Materialien soll sich das Bauwerk in die ländliche und alpine Landschaft einfügen, ohne auf modernes und zeitgemäßes Design zu verzichten.

Die minimale Bodenversiegelung soll

die temporäre Nutzung eines Grundstückes ermöglichen ohne der Natur zu schaden.

Bei der Planung und Umsetzung hatten Klarheit und Funktionalität Priorität, aber auch der ländliche Raum mit seinen vielen nicht genutzten Flächen. Außerdem durfte der Eingriff in die Natur bloss minimaler Art sein, die Nutzungsdauer des Geländes befristet und das Gebäude nach Gebrauch vollständig rezyklierbar.

Der Fincube ermöglicht individuelles Wohnen auf höchstem Niveau: Ob als exklusives Gästehaus im eigenen Garten oder als Ferienhaus im Urlaubsort, ob als Wohneinheit für die mittlerweile erwachsene zweite Generation oder schlicht als Appendix zur eigenen Villa.

Das Bauwerk kann auch als unabhängige Einheit neben einem bestehenden Bürogebäude oder auf einem Firmengelände angebracht werden. Selbst das Flachdach eines Firmengebäudes kann als Standort dienen. Mehr bei

<http://www.fincube.eu>



Elektromobilität

Elektrofahrzeuge bieten eine große Chance, sich von fossilen Energieträgern im Mobilitätssektor zu lösen.

Sie können als Stromspeicher für erneuerbare Energien zum Einsatz kommen.

160 Windräder reichen für eine Million E-Autos. Die Ladestationen sollten direkt neben Windrädern stehen. Wichtig ist auch,

dass sich jedes Elektroauto an jeder normalen Steckdose laden lässt!

Die meisten Experten sind sich einig: Wir fahren in Zukunft mit Strom.

Die deutschen Autobauer haben diese Autozukunft jedoch allesamt verschlafen, obwohl hierzulande Werner von Siemens vor 125 Jahren schon weltweit das erste E-Auto gefahren ist. Nun liegt Asien vorn.

Auf den Automessen stehen die üblichen Elektro-Prototypen der Autoindustrie, die aber in nächster Zeit (mit wenigen Ausnahmen) nicht käuflich sein werden – schon gar nicht in Großserie zu bezahlbaren Preisen. Die Autoindustrie lenkt alle fünf Jahre mit neuen Heilsversprechen davon ab, dass sie mit ihrem aktuellen Fahrzeugangebot die EU-Klimaschutzauflagen nicht erfüllt.

Die Neuwagenpreise haben sich seit 1980 verdreifacht. Hersteller nutzten zunehmend Worte wie etwa *umweltfreundlich*. Doch eine echte Innovation fand bislang nicht statt. Auch deshalb brach nun der Neuwagenmarkt um ein Drittel ein. Das hat sich die Autoindustrie selbst zuzuschreiben.



Ökolabel: Jetzt sollen auch Autos per Buchstabencode und Farbskala benotet werden.

Doch der Plan der Bundesregierung entwickelt sich zu einer umweltpolitischen Farce:

Kleinwagen werden benachteiligt, [Spritschlucker erhalten Bestnoten](#), denn schwere Autos dürfen nach Vorstellung des Wirtschaftsministeriums mehr Kohlendioxid ausstoßen als leichte. Besser wäre ein Punktesystem mit CO₂-Gutscheinen, mit denen Hersteller die Strafen für ihre Dickschiffe ausgleichen dürfen. Wegen fehlender Transparenz bei den neuen Pkw-Labels zur Kennzeichnung des Energieverbrauchs hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) rechtliche Schritte gegen das Bundeswirtschaftsministerium

eingeleitet. Siehe dazu auch
Klimakiller Dieselmotoren

Laut einer OmniQuest-Studie können sich bereits 40% der Deutschen vorstellen, ein reines Elektroauto zu kaufen. Potenzielle Käufer wissen jedoch noch zu wenig über die Vorteile der Elektromobilität.

Gerade formieren sich kleine Anbieter, die mit günstigen Umrüstsätzen dafür sorgen, dass geringere Preise für Elektroautos schon kurzfristig realisierbar sind.

Die Akkumulatoren der Zukunft sind primär als Energiezellen eines Elektrofahrzeuges zu betrachten, sekundär werden sie als Pufferspeicher der Energieerzeuger fungieren.

>>> Das Max-Planck-Institut hat errechnet, dass **50 Millionen Elektroautos mit je 100 kWh Kapazität den (nicht nur elektrischen!) Primärenergiebedarf von ganz Deutschland für einen halben Tag speichern könnten.**

<http://213.133.109.5/wb/pages/elektromobilitaet.tv.php>

An Elektromobilität führt mittelfristig kein Weg vorbei. Dabei ist ein elektrischer LKW genauso interessant wie das Elektro-Fahrrad. Elektromobilität darf jedoch nicht als Feigenblatt dienen, sondern ein wirklicher Umbau des Verkehrssektors ist wichtig – ohne Atom- und Kohlekraft, aber mit Erneuerbaren Energien.

Die Zukunft fährt erneuerbar oder gar nicht.

Die Vorteile der Elektromobilität

1. Wir machen uns bezüglich fossiler Brennstoffe von Einflüssen der Industrie, der Politik und den Förderländern frei – wir produzieren Strom selbst und können ihn sogar noch exportieren.
2. Elektromobilität fördert den großzügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien, da viel mehr Ökostrom gekauft und daher auch produziert werden muss!
3. Wir lindern Hunger in den Schwellen- und Entwicklungsländern und vermeiden irreversible Schäden an der Umwelt durch die Vermeidung der Herstellung von (Bio-)Kraftstoffen.
4. Keine Feinstaub- und CO₂-Emissionen, kein Gestank, viel weniger Lärm.
5. Kaum noch Wartungskosten. Elektroautos sind so wartungsarm, dass den Autofirmen schon jetzt Bange wird.
6. Der Betrieb und Unterhalt von Autos ist deutlich billiger (2-3 Euro Ökostrom auf 100 km).
7. Anreize wie die Freigabe von Busfahrspuren und kostenlose Parkplätze für Elektroautos.
8. Wenn heute beim Bau von Wohnanlagen und Parkhäusern an die Vorbereitung auf E-Mobility (Stromladesäulen) gedacht wird, werden die Gebäude in zehn Jahren sehr wertvoll sein.
9. Last but not least: Viel mehr Fahrspaß! Elektroautos sind denen mit Verbrennungsmotor in punkto Agilität weit überlegen – und auch viel entspannter zu fahren. So macht es sogar Spaß, die Umwelt zu retten.

"The biggest game-changer will be electric vehicles."

Bill Ford (Ford Motor Company, April 2010)

Stromspeicher Elektroauto

In Zukunft können Elektrofahrzeuge mit ihren Akkus dazu beitragen, Strom aus Erneuerbaren Energien noch besser in das Netz zu integrieren. Durch ein Ersetzen der bisherigen fossilen Treibstoffe können nicht nur große Mengen an CO₂ eingespart werden, sondern der Verkehrssektor wird auch unabhängiger von dem knappen und immer teureren Rohstoff Erdöl, der zu 96% importiert wird. Der Umstieg auf heimische Erneuerbare Energien steigert die regionale Wertschöpfung.

Das intelligente Stromnetz der Zukunft könnte das Problem der unregelmässigen Verfügbarkeit von Erneuerbarer Energie mit Hilfe von Elektroautos regeln. Dies zeigen

detaillierte Zahlen einer neuen Studie.

Die Untersuchung hatten das Bundesamt für Energie (BFE) und das Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz) in Auftrag gegeben. Laut Mitverfasser Pierre Strub wäre in 25 Jahren mehr Speicherplatz in Elektroautos vorhanden, als die Schweiz heute brauchen würde.

<http://www.nachhaltigkeit.org/stromspeicher-elektroauto>

http://www.unendlich-viel-energie.de/Erneuerbare_Mobilitaet.pdf

Einradroller Ryno

Der Einradroller verfügt über einen Elektromotor und hält die Balance wie von selbst. Dabei kommt der RYNO mit einer Akkuladung knapp 50 km weit, die Höchstgeschwindigkeit beträgt 40 km/h. Nach einer Ladezeit von 1 1/2 Stunden kann zur nächsten Fahrt gestartet werden. Das Gewicht beträgt lediglich 56,7 kg, somit eignet sich der Einradroller auch für den Kofferraum oder das Wohnmobil. Der Fahrer darf dabei maximal 114 kg wiegen.

Der größte Clou aber ist sein Preis, rund 2.750 Euro sind für den RYNO anvisiert. Ob und wann die Serienproduktion startet, hängt wohl vor allem von Investoren ab. Ein sauberes Fahrzeug für die Stadt, ohne Lärm und Abgase, was noch dazu handlich und leicht ist sind die wichtigsten Argumente für den Hightech-Roller. Mehr bei

<http://www.motorrad-news.com/einrad-elektroller-electro-scooter>

<http://www.ubergrun.de/ryno-motors-elektrisches-einrad>

Bundesweites Zweitakterverbot

Mit einem ungewöhnlichen Vorstoß wollen die Grünen die Luftqualität in Städten verbessern. Motorroller mit Verbrennungsmotoren möchte die Öko-Partei komplett aus dem Verkehr ziehen. Wenn es nach der Bundestags-Fraktion der Grünen geht, sollen ab 2015 nur noch Roller zugelassen werden, die rein elektrisch fahren.

E-Roller sind bereits technisch ausgereift und finden schon heute reißenden Absatz.

Mehr bei

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,718217,00.html#ref=nldt>

Kooperation bei Elektromobilität: BYD und RWE

Der chinesische Batterie- und Autoherstellers BYD wird in den Bereichen Elektroautos und Ladevorrichtungen ab sofort mit RWE zusammenarbeiten. Die entsprechenden Verträge wurden bereits unterzeichnet. BYD und RWE planen die Einführung neuer Initiativen für eine CO2-freie Elektromobilität in Europa.

Die Unternehmen haben sich auf Pauschalangebote für ihre europäischen Kunden verständigt, bestehend aus Elektroautos von BYD und Schnellladesäulen und Ökostrom von RWE. 2012 werden die Markttests beginnen. Im gleichen Jahr werden auch die beiden BYD-Serienmodelle, der F3DM und der e6, in einigen ausgewählten europäischen Ländern vorgestellt. Davor ist 2011 ein gemeinsamer Flottenversuch in Deutschland geplant. Mehr bei

<http://www.byd.com/showroom.php?car=e6>

Problematisch dabei ist, dass der Ökostrom von RWE eine Greenwashing-Mogelpackung ist. Und preisgünstig wird ein Autostromvertrag mit RWE auch nicht sein. Zudem verwendet RWE den E-Mobility-Stecker Typ 2 nach IEC 62196-2 Norm der Harting Technology Group, der nicht an normalen Steckdosen funktioniert!

Der Elektroauto-Schwindel

Die Autoindustrie will Elektroautos nur bauen, um die Umweltbelastung ihrer herkömmlichen Fahrzeuge schön zu rechnen. 2012 sollte diese Regelung eigentlich auslaufen, wurde aber auf 2015 verlängert. Doch Anfang Mai beim Elektro-Gipfel in

Berlin hat die Regierung Merkel der Industrie schriftlich zugesagt, sich für eine weitere Verlängerung einzusetzen. Im zuständigen Umweltministerium heißt es dazu: Auf längere Sicht bietet die Elektromobilität großes Potential zur CO₂-Einsparung.

Zitat: "Deshalb ist eine befristete Mehrfachanrechnung von Fahrzeugen mit Elektroantrieb ... als Innovationsanreiz für die Hersteller gerechtfertigt."

Doch zusätzlichen Ökostrom - extra fürs Elektroauto - wollen die Energiekonzerne nicht produzieren.

Wer so denkt und handelt und dazu auf die zusätzliche Produktion von Ökostrom verzichtet, wird sich gewaltig verrechnen – beim CO₂-Ausstoß und bei den künftigen Energiepreisen.

"E.ON setzt auf Erhalt und Ausbau der fossilen Stromerzeugung und blockiert so die dringend notwendige Umorientierung der Energiebranche hin zu mehr Klimafreundlichkeit", erklärt Ann-Kathrin Schneider, Klimaexpertin bei [Oxfam](#).

Aber warum sollten die großen privaten Energiekonzerne – E.on, Vattenfall, RWE und EnBW – bei steigenden Preisen massiv in erneuerbare Energien investieren? Warum sollte ein Konzern auf eigene Rechnung neue Technologien erforschen? Bolivien hat inzwischen seine Stromkonzerne verstaatlicht. Die Grundversorgung, so Präsident Morales, dürfe nicht in der Hand der Privatwirtschaft liegen. Auch Berlin und Hamburg wollen die eigene Energieversorgung wieder selbst gestalten.

Das Elektroauto macht nur Sinn mit zusätzlich erzeugtem Ökostrom!

Wichtig ist auch, dass nicht die Energiekonzerne den entscheidenden Einfluss auf den Aufbau der Infrastruktur zur Betankung der Elektroautomobile haben, sondern dass vor allem die Ökostrom-Anbieter die Chance zur Einspeisung bekommen.

"Die Stellungnahme der Umweltverbände gegen die Elektromobilisierung ist unverständlich, kurzsichtig und widersprüchlich", sagt Dr. Hermann Scheer, Präsident von EUROSOLAR, zu recht. Um die Verbindung mit erneuerbaren Energien herzustellen, sollten die Automobilhersteller laut Eurosolar verpflichtet werden, eigene Anlagen zu errichten oder Verträge mit Anlagenbetreibern für Neuinvestitionen zur Stromproduktion aus erneuerbaren Energien abzuschließen, jeweils in der Größenordnung der von ihnen produzierten Elektromobilflotte.

[Mehr Tempo für Elektromobilität](#)

Elektroauto Pininfarina BlueCar kann jetzt vorbestellt werden

Das französisch-italienische Pininfarina BlueCar von Bolloré mit Solardach wird in Frankreich bereits im Frühjahr 2010 für 330 Euros pro Monat zu haben sein. In Deutschland wird ab Herbst 2010 damit gerechnet.

Das Pininfarina BlueCar hat bei einer Ladezeit der Lithium-Metall-Polymer-Batterien von 5 Stunden eine Reichweite von ca. 250 km und eine Höchstgeschwindigkeit von 130 km/h.

Vincent Bolloré gab in 14 Jahren angeblich 1 Milliarde Euro aus, um die Batterie und das Auto zu entwickeln. Es wird nur 1 Euro auf 100 km kosten, statt 15 Euro für ein herkömmliches Auto.

Mehr bei

<http://electriccarphotos.com/pininfarina-bolloré-blue-car-in-2010.html>

<http://green.autoblog.com/2010/03/06/bolloré-and-pininfarina-ev>



Vorbestellen können Sie das Auto direkt bei

<http://www.bluecar.fr>

Das Auto - der mobile Leerlauf?

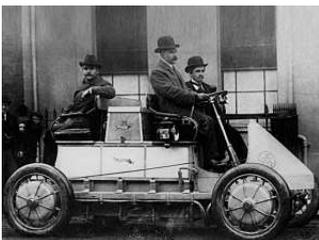
Meistens steht es. Und wenn es fährt, dann **mit energetisch miserablen Wirkungsgrad**. Als Verkehrsmittel ist das traditionelle Auto höchst unproduktiv. Rund 30% aller CO₂-Emissionen in der Schweiz stammen heute von Personenwagen. Sieben Achtel des Treibstoffs werden für Leerlauf, Kraftübertragung und die Reifen eingesetzt. Nur ein Achtel erreicht die Räder, die das Auto bewegen. Von der eingesetzten Primärenergie in Form von Erdöl (oder Erdgas) wandelt ein Automotor bei voller Beschleunigung 35%, bei durchschnittlicher Fahrt aber nur 15% in Antriebskraft um.

Anders das Elektroauto: Seine Energieeffizienz ist bis zu viermal höher und es kann CO₂-frei mit Ökostrom betrieben werden:

Keine Verbrennungsmaschine, die jemals erdacht wurde, arbeitet auch nur annähernd so effizient wie ein Elektroantrieb. Selbst moderne Dieselmotoren setzen nur gut ein Drittel der Kraftstoffenergie in Vortrieb um. Der Stromantrieb dagegen folgt den Gesetzen des Elektromagnetismus - mit einem Wirkungsgrad von über 90%. Selbst Kraftwerke (z.B. Erdgaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung) arbeiten dreifach effizienter als Kolbenmotoren. Elektromobilität ist die mit Abstand energieeffizienteste Form der Fortbewegung - auch im Individualverkehr. Und eine **Fahrtstrecke von 100 km würde im Elektro-Betrieb auch nur ca. 2,50 Euro an Ökostrom kosten!**

Doch die (ver)zögernden Aktivitäten der Autokonzerne bezüglich des Elektroautos dienen momentan vor allem dazu, von ihrer völlig verfehlten Modellpolitik abzulenken, ihr Image aufzubessern und Aktivität zu signalisieren.

Die Geschichte des Elektrofahrzeugs



Lohner-Porsche Elektromobil mit Radnabenmotoren (1899)

Elektrofahrzeuge sind keine Erfindung unserer Zeit, sie gibt es etwa genauso lange, wie Fahrzeuge mit Benzinmotoren. Der Franzose Gustav Trouvé erfand schon 1881 das erste Elektrovehikel mit Blei-Akku. Als 1885 Carl Benz seine dreirädrige Motorkutsche vorstellte und Gottlieb Daimler unabhängig davon 1886 seine vierrädrige, waren in Paris schon seit 1881 elektrisch betriebene Wagen unterwegs. Es waren **die ersten Fahrzeuge zu dieser Zeit, die schneller als 100 km/h fahren konnten**. Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert bildeten in den USA die Benzinautos mit 22% die Minderheit - Elektromobile hatten 38% und Dampfmaschinen 40% Anteil an den Straßenfahrzeugen. Dank der Öl-Lobby haben sich dann die Verhältnisse zu Gunsten des Otto-Motors radikal verändert. Verbrennungsmotoren haben jedoch einen schlechten Wirkungsgrad von nur 30-35% und es entstehen gerade auf kurzen Strecken erhebliche Mengen an Feinstaub. Elektroautos haben eine deutlich höhere Energieeffizienz ("Wirkungsgrad") und produzieren keinerlei Abgase, sind mit **Ökostrom** betrieben Null-Emissions-Fahrzeuge und helfen somit wirkungsvoll, die CO₂- und Feinstaubproblematik zu verringern.

Elektroautos verringern die Belastung von Städten und Ballungsräumen mit Schadstoffen, Feinstaub und Lärm und steigern damit die Lebensqualität der Menschen. Und die Batterien geparkter Elektrofahrzeuge können zudem in das Stromnetz eingebunden werden und so als Pufferspeicher für die schwankenden Energieeinträge aus Windkraftanlagen und Solarkraftwerken dienen.

In anderen Ländern tun sich bereits wahre Innovationen zum Thema nachhaltige elektrische Mobilität auf:

<http://www.phoenixmotorcars.com/index.php>

<http://www.acpropulsion.com>

<http://www.teslamotors.com>

<http://www.worldclassexotics.com/Electriccarconv.htm>

<http://www.smithelectricvehicles.com>

<http://www.modcezev.com>
<http://www.think.no>
<http://www.betterplace.com>
<http://www.zenncars.com>
<http://www.n-tv.de/auto/morgen>
<http://www.pluginamerica.org/vehicles>
<http://www.solar-driver.dasreiseprojekt.de>

Tesla Model S: Elektroauto für die ganze Familie

Der Elektro-Roadster des kalifornischen Unternehmens Tesla ist nahezu ausverkauft. Jetzt kommt der Tesla S, der auch auf größte Nachfrage stößt. Der Tesla S verfügt über

- 450 Kilometer Reichweite
- 45 Minuten Schnell-Ladeeinrichtung
- 190 km/h Höchstgeschwindigkeit
- Beschleunigung 0-100 Km in 5-6 Sekunden
- 7 Sitze
- 17 Zoll Infotainment touchscreen u.v.m.



Das viertürige Model S trägt eine coupéartige Dachlinie, die in ein hoch abschließendes Fließheck ausläuft. Das schafft Platz für zwei zusätzliche Sitzplätze, die neben den fünf Passagieren in den ersten beiden Reihen zwei Kinder aufnehmen können sollen. Werden diese Sitze in den Boden gefaltet, so entsteht ein großzügiger Laderaum. Ein weiterer Stauraum steht unter der Fronthaube des Siebensitzers zur Verfügung.

Er wird ca. 40.000 Euro kosten.

http://www.electrobeans.de/tesla_model_s_elekto-viersitzer.html
<http://www.teslamotors.com/models/index.php>
<http://www.teslamotors.com/blog/tesla-factory-birthplace-model-s>

Gerade hat Toyota 50 Mio. Dollar in Tesla investiert, um Elektrofahrzeuge zu entwickeln. Der weltgrößte Autobauer Toyota überlässt dem kalifornischen Elektroauto-Pionier sein stillgelegtes Werk an der US-Westküste. Darüber hinaus investieren die Japaner in das Start-up, und gewähren Zugriff auf ihr ausgeklügeltes Fertigungssystem. Mehr bei

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,696101,00.html#ref=nldt>

Wie fährt sich ein Elektroauto?

Der Schritt zum Elektroauto ist nicht nur ein großer Schritt weg vom Erdöl, sondern darüber hinaus ein klares Bekenntnis zu einer sauberen und energieeffizienten Zukunft der Fortbewegung mit hoffentlich **grünem Strom**, die Idee, nahezu lautlos und völlig emissionsfrei dem menschlichen Bedürfnis nach Mobilität nachzugehen.

Hier gibt es drei Fahrberichte:

<http://www.spiegel.de/auto/aktuell/0,1518,687871,00.html#ref=nldt>
<http://www.utopia.de/magazin/utopia-testet-den-bmw-mini-e>
<http://www.youtube.com/watch?v=pzdcFAC5oWA>

Tesla Roadster: Wir haben ihn gefahren. Er beschleunigt wie ein Flugzeug, nur lautlos. Fahrspaß pur.



Umweltfinanzen

Innovatives Waldinvestment GreenAcacia

GreenAcacia bietet Anlegern die Möglichkeit, in bestehende vietnamesische Akazienplantagen zu investieren. Das Besondere an diesem Investmentangebot: Es bietet sofortige Rückflüsse ab dem ersten Jahr und eine Gesamtlaufzeit von nur sieben Jahren. Zudem ermöglicht das Investment die Umwandlung einer Monokultur-Plantage in einen artenreichen Mischwald, da ForestFinance die Plantagen nach Abschlussernte mit heimischen, standortgerechten Baumarten bewirtschaften wird.

Anleger können bereits ab 2.250 Euro in einen Viertel Hektar investieren, ein Hektar kostet 8.450 Euro. Derzeitige Prognosen erwarten Auszahlungen in Höhe von rund 12.000 Euro aus der Vermarktung des Holzes und ggf. dem Verkauf von CO2-Zertifikaten bei einem Investment in einen Hektar GreenAcacia. Die geernteten Hölzer werden regional gehandelt und als Konstruktionsholz oder zur Energiegewinnung verwendet.

Ab 33 Euro monatlich ist auch mit dem BaumSparVertrag ein eigener Mischwald möglich. Das WaldSparBuch bietet mindestens 1.000 m² Tropenwald mit Rückkaufgarantie. Mehr bei

<http://www.forestfinance.de/Green-Acacia>

<http://www.forestfinance.de/BaumSparVertrag>

<http://www.forestfinance.de/WaldSparBuch>

Misstrauen gegenüber Banken

Drohende Staatspleiten, insolvente Traditionsunternehmen, steigende Arbeitslosigkeit, aber auch Millionen-Boni für Banker – die Wirtschaftskrise hinterlässt Spuren auch bei den Kunden. Das Vertrauen in Banken und Versicherungen hat gelitten. Das ist das Ergebnis aus der aktuellen Studie der GfK Marktforschung zum Vertrauen der Deutschen in Institutionen, Banken und Versicherungen.

Die Kunden sehen derzeit bei Banken und Versicherungen nur wenige attraktive, auf sie zugeschnittene Angebote im Markt. Das liegt nicht nur an den historisch niedrigen Sparzinsen, sondern auch daran, dass die Bedürfnisse der Kunden vielfach nicht beachtet werden. Insgesamt lässt sich mittlerweile eine deutliche Grundskepsis gegenüber dem Banken- und Versicherungssystem in Deutschland erkennen. Mehr bei http://www.gfk.com/group/press_information/press_releases/005583/index.de.html

Unterschriften für Finanztransaktionssteuer

Breite Allianz für globale Finanztransaktionssteuer: 150.000 Menschen haben internationale Petitionen an die G20 für die Einführung einer globalen Finanztransaktionssteuer unterzeichnet. Das ist ein deutliches Signal, dass Menschen auf der ganzen Welt nicht länger tatenlos auf eine Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten und auf ein krisensicheres Finanzsystem warten wollen.

Finanztransaktionssteuer jetzt! - unterzeichnen auch Sie diese Petition bei <http://www.steuergegenarmut.at>

Spruch des Monats

Die Atompolitik ist das jüngste Beispiel dafür, wie sehr sich die Politik von Bürgerinnen und Bürgern abzusetzen scheint.

Die Macht der Konzerne: Katastrophenkapitalismus

Die Mehrzahl der Bevölkerung will sauberes Wasser, schadstofffreie Luft, unbelastetes Essen, die Lebensmittel-Ampel, verantwortungsvolle Technologien (also keine Atom-, Kohle- oder Öl-Energie), den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, sichere Ausbildungs- und Arbeitsplätze, eine verlässliche Altersvorsorge, eine sichere Währung, eine umweltfreundliche Mobilität und natürlich die Abwendung der Klimakatastrophe. Doch die Realität sieht leider ganz anders aus, so dass man sich fragt, wie die derzeitigen Regierungen überhaupt gewählt werden konnten:

- Wasser soll privatisiert werden (dann können bei Qualitätsverschlechterung einfach die Grenzwerte verändert werden).
- Die Luft ist angefüllt mit Dieselabgasen und Feinstäuben, besonders in den Städten.
- Die Nahrungsmittel sind mehr und mehr von Pestiziden, Gentechnik, Nanotech, PET und Weichfolien belastet und enthalten oft kaum noch einen echten Nährwert.
- Die Lebensmittel-Ampel ist in Brüssel von den Konzernen mit viel politischem Druck und einer Milliarde Euro erfolgreich verhindert worden.
- Die Laufzeiten für Atomkraftwerke werden auf enormen Druck der Energiekonzerne einfach [gegen den Willen von zwei Drittel der Bevölkerung](#) verlängert. Für den flächendeckenden Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit der [Energiewende](#) (Energieautarkie) fehlt das Geld – und eine finanzkräftige Lobby, die auf Politiker "einwirken" kann. Dazu werden die Erneuerbaren vom Energiekartell auch noch sabotiert.
Der Atomausstieg soll möglichst ganz verhindert werden, weil die Atomlobby damit seit Jahrzehnten sehr viel Geld scheffelt und zudem noch Milliarden-Subventionen erhält. Ähnlich verhält es sich mit der Kohle. Leider sind inzwischen viele Stadtwerke an das Energiekartell verkauft worden.
- Der Ölverbrauch steigt um 2% pro Jahr an, schon weil immer mehr Ölprodukte kreiert werden. Sogar Werbung und Zeitungen werden nun in Plastik verpackt.
- Ausbildungs- und Arbeitsplätze fallen Rationalisierungen zum Opfer, denn ein probates Mittel zum Hochtreiben der Aktienkurse ist es, eine große Anzahl von Beschäftigten zu entlassen. Das signalisiert der Börse, dass der Profit des Konzerns bald steigen wird.
- Der Euro wird gerade von Spekulanten (Bankern) verzockt, nachdem die Banken ja staatlicherseits gerettet werden "mussten" und die sich dann als Dank dafür auf die Währungen gestürzt haben. Wenn nämlich Frau Merkel mit einer Bankenkrise konfrontiert wird, dann ruft sie den Chef der Deutschen Bank an, denn das ist ihr zuständiger Berater. Dieser vertritt aber logischerweise nur die Finanzindustrie. Klar also, dass das Ergebnis so ausgefallen musste. Erst danach hat auch Frau Merkel begriffen, dass sie nicht an der Macht, sondern nur an der Regierung ist.
- Die Altersvorsorge ist schon lange nicht mehr sicher, da nicht nur der Generationenvertrag geplatzt ist, sondern die Renteneinlagen schon seit Jahrzehnten von den Politikern zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden.
- Eine umweltfreundliche Mobilität fällt zunächst aus, da die Konzerne mit ihrem fossilen System mittelfristig mehr Gewinn generieren können. Sie grasen dennoch fast alle Fördergelder ab – für Technologien, die nicht auf den Markt kommen.
- Die Abwendung der Klimakatastrophe dürfte schwer fallen, wenn weiterhin [jede Sekunde 800 Tonnen CO₂](#) in die Atmosphäre geblasen werden, es keine echte CO₂-Steuer gibt und die schlimmsten Luftverschmutzer durch klimaschädliche Subventionen und den "Emissionshandel" noch belohnt werden.

An sich sollen diese wichtigen Anliegen der Bevölkerung von Gesetzen und Regierungen gesteuert und gesichert werden. Doch diese machen eine Politik gegen die Bevölkerung. Was sind das für Politiker, die in ihren Regierungssesseln ihr gesichertes Dasein

fristen? Sind es dieselben, die wir gewählt haben, weil sie vor der Wahl so große Versprechungen gemacht haben? Diese haben nun zum Teil üppige Beraterverträge der Industrie in der Tasche – nur damit sich für die Konzerne nichts ändert. Wahrscheinlich ist das auch der Grund, weshalb Konzerne nur selten Steuern zahlen. Der Deutsche Richterbund spricht inzwischen sogar von "Regierungskriminalität, die nicht verfolgt wird". Die Parteien sind zu taktisch operierenden Stimmenmaximierungsapparaten verkommen und auch von ihren personellen Kapazitäten her kaum mehr in der Lage, über den Tellerrand des Bestehenden hinauszublicken.

Warum gehen wir überhaupt noch wählen, wenn die Politiker nur Marionetten der Konzerne sind, die alles bestimmen? Ist das noch Demokratie oder eher die Oligarchie der Konzerne?

Wenn es nur darum geht, vorwiegend die Interessen von Oligopolen, Handels-, Banken-, Industrie- und Energiekonzernen zu vertreten, wäre eine faschistoide Diktatur oder ein Feudalsystem des 17. Jahrhunderts viel effektiver und auch billiger als eine so aufwendige Demokratie. Langsam wird klar, dass Demokratien nur geschaffen wurden, um der Manipulation Tür und Tor zu öffnen und eine eigene überregionale Beherrschung trickreich durchzudrücken.

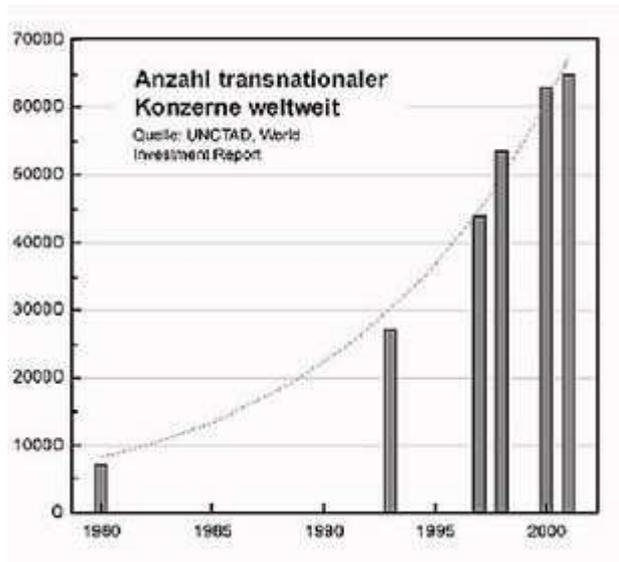
Der Staat ist ein Gebilde des Kapitals

Die Staaten sind unter Kontrolle – beherrscht von einem Dutzend Finanzmagnaten und Bankkonzernen, die Staaten und Regierungen wie die Puppen tanzen lassen können, weil sie an ihrem Tropf hängen.

Die Konzern-Lobbys stemmen sich gegen eine strengere Regulierung, indem sie Politiker mit Informationen, Expertisen, üppigen Abendveranstaltungen, Geld und "Arbeitsplätzen" bedrängen. Nirgends wird die Symbiose zwischen Kapital und Staat so augenfällig wie bei der "Krisenbekämpfung". Erst hat sie die

Krise hervorgebracht und nun verstärkt sie sie noch. Sowohl Unternehmen wie Regierungen führen genau die Politik weiter, die zu dem Debakel geführt hat. Auch künftig werden die Finanzdienstleister auf dem Grauen Kapitalmarkt genau so wie die Betreiber einer Döner-Bude kontrolliert, obwohl sogar im schwarz-gelben Koalitionsvertrag steht: "Kein Anbieter von Finanzprodukten soll sich der staatlichen Finanzaufsicht entziehen können".

Es gibt in der heutigen Zivilgesellschaft keine ausreichende Gegenmacht zu den allmächtigen Konzernen; zumal, da sich die politische und die Finanzelite sehr nahe stehen.



"Natürliches Kapital wird im großen Stil vernichtet"

Die Vereinten Nationen werfen den großen Konzernen der Welt schwere Versäumnisse beim Umweltschutz vor. Allein die 3.000 wichtigsten Unternehmen sollen Umweltschäden von jährlich knapp zwei Billionen Euro verursachen. Das Artensterben sei 100-mal schneller, als es die Evolution vorgibt – doch die Manager der Topkonzerne ignorieren den Umweltschutz.

Achim Steiner, Leiter des UN-Umweltprogramms UNEP, äußerte gegenüber der Süddeutschen Zeitung: "Der Raubbau an der Natur durch die Wirtschaft setzt sich seit Jahren ungebremst fort. Das natürliche Kapital der Welt wird im großen Stil vernichtet."

Konzerne haben nur ein Anliegen: Geld für die Shareholder zu generieren und gierig zu vermehren – koste es, was es wolle. Nichts sonst ist wichtig, denn es geht täglich um Milliarden (nicht Menschen, sondern Geld). Am Ende steht die Vernichtung der Umwelt, der Wirtschaft und des Sozialstaats, ja sogar die des Konzerns selbst, wenn er pleite ist und/oder geschluckt wird.

Die reale Konzernpolitik besteht in der Regel aus Mittelmäßigkeit, Visionslosigkeit und Gier gepaart mit Komplikationen – ein tödlicher Mix. Dazu muss man wissen, dass nicht

die besten Leute an der Spitze der Konzerne stehen, sondern die mit den besten Seilschaften. Früher war es günstig, z.B. dem [Baden-Badener Kreis](#) anzugehören; heute reicht es schon, ein Effizienzer zu sein. So mancher McKinsey-Mitarbeiter hat sich bereits effizient in den Vorstand eines Konzerns rationalisiert, nachdem er das Unternehmen zuvor von "überflüssiger" Belegschaft gereinigt hat. So wird dann ein Erbsenzähler mit Stoppuhr (oft ohne kaufmännische Ausbildung) zum Vertriebsvorstand, ohne auch nur die geringste Ahnung vom Vertrieb zu haben!

Innovationen können sich Konzerne ohnehin nicht mehr leisten, denn es zählt nur der kurzfristige Bilanzgewinn am Ende des Quartals. So entstehen buchstäblich [Innovationssperren](#), die sämtlichen Fortschritt verhindern.

Aufgrund der dadurch entstandenen Misere muss dann eine Fusion her: Fusionen dienen nämlich zu allererst dazu, den Vorständen aufgrund des Fusionswerts einen entsprechenden Bonus zu verschaffen!

Würde das Spiel so weiter gehen (können), bis irgendwann nur noch ein Konzern übrig bleibt und alles kontrolliert, wäre das dann nichts anderes als globalisierter Faschismus. Die neoliberale Globalisierungsstrategie von Konzernen führt dazu, dass die Einkommensverteilung weltweit immer ungleicher wird, die Profite explodierten und sich das Rationalisierungstempo beschleunigt. Doch jetzt stehen erst noch weitere Blasen an, die bald platzen werden: Hedgefondsblase, Asienblase, Immobilienblase Europa, Währungsblase etc., denn **9 von 10 Geschäften sind tatsächlich nur kurzfristige Scheingeschäfte!** Was die Banken jetzt triumphierend als Gewinn vorweisen, sind reine Zockergewinne.

Eine wirkliche Regulierung widerspräche jedoch den Interessen der international dominierenden Konzerne, die den Regierungen ihre Bedingungen diktieren. Daher haben Politiker in den letzten Jahrzehnten auch brav immer mehr dereguliert.

Katastrophenkapitalismus: Ob Bankenkrise, Währungskrise, Ölpest, Gentechnik oder Treibhausgase, die Konzerne richten eine Katastrophe nach der anderen an. Wann immer etwas Schlimmes passiert, kann man davon ausgehen, dass die Profitgier eines Konzerns dahintersteckt.

Ein großes ökologisches, wirtschaftliches und soziales Desaster bahnt sich an. Der Kapitalismus steht kurz vor dem Zusammenbruch. Er bricht nicht deshalb zusammen, weil seine Gesetzmäßigkeiten plötzlich nicht mehr funktionieren, sondern weil die Konzerne und die Spekulanten ihn pervertieren.

Der Tod der Volkswirtschaft bereitet sich vor, da es immer weniger unverschuldetes Sachkapital gibt, das sich zudem immer mehr im Besitz uneffektiver planwirtschaftlicher Strukturen (Konzerne) befindet.

Die Mittelschicht ist bereits am Aussterben und teilt sich notgedrungen in eine kleine Oberschicht und eine sehr große Unterschicht auf. Zufällig finden solche einseitigen Entwicklungen nicht statt, zwangsläufig sind sie auch nicht, sondern politisch unterstützt und seit einiger Zeit durch die Globalisierung begründet. Das Paradox zeigt sich daran, dass hinter dem Zuwachs an Reichtum keine Leistung steht, weil auch das Desaster hohe Einkommen garantiert. BP-Chef Tony Hayward tritt nach der Öl-Katastrophe nicht etwa finanziell abgestraft zurück, sondern hat inzwischen in Sibirien einen neuen, gut bezahlten Job und kommt mit mindestens 18 Millionen Dollar Gewinn aus der Katastrophe heraus.

Alle Macht geht vom Gelde aus

"Seriöse" Bankkonzerne haben völlig verselbständigte Produkte und Mechanismen erfunden, mit keinem anderen Zweck, als Menschen um ihr sauer verdientes Geld zu bringen. Sie sind längst mächtiger als Regierungen und manipulieren sogar laufend die Finanznachrichten für die Öffentlichkeit und täuschen damit weltweit Anleger, ohne eine Anklage befürchten zu müssen. Die Deutsche Bank ist inzwischen der größte Zuckerhändler dieser Welt und viele Hedgefonds haben sich auf Nahrungsmittelmärkte sogar spezialisiert. Der Preis von Reis wird fast ausschließlich von der Spekulation getrieben. Die Lebensmittel-Konzerne kontrollieren 96% des weltweiten Getreidehandels, diktieren inzwischen die Preise der Bauern bis zum Break-Even-Point, während Gentech-Konzerne wie Monsanto die Bauern ganz unter ihr Joch bringen und weltweit die Nahrungsmittelproduktion gefährden. Ölkonzerne verseuchen ungestraft Land und Wasser, besonders in Afrika. Rüstungskonzerne sorgen für permanenten Krieg, Chemie- und Pharmakonzerne vergiften systematisch Menschen, Tiere und

Pflanzen. Die Stromkonzerne diktieren die Preise und piesacken die Ökostrom-Hersteller mit Zähler- und Durchleitungsgebühren, wenn sie nicht gerade das Stromnetz für die Erneuerbaren ganz blockieren...

Bolivien hat inzwischen seine Stromkonzerne verstaatlicht. Die Grundversorgung, so Präsident Morales, dürfe nicht in der Hand der Privatwirtschaft liegen.

Es darf keine Spekulation mit Nahrungsmitteln geben, und es darf keine Spekulation mit Währungen geben, weil diese für die Volkswirtschaften den größten Schaden anrichtet. Sie drängt die Preise systematisch in die falsche Richtung.

Der unternehmerische Mittelstand, das freie Unternehmertum ist in Gefahr:

Mittelständische Unternehmen haben immer weniger Chancen, ihre z.T. durchaus innovativen Produkte in den Markt zu bringen, da die (internationalen) Konzerne mittlerweile die gesamte (Welt-)Wirtschaft dominieren, inklusive der Politik. Von einem freien Wettbewerb bzw. einer freien (oder gar sozialen) Marktwirtschaft kann ohnehin längst keine Rede mehr sein.

Solange unser Leben und Wirtschaften von Konzernen diktiert wird, gibt es keine Transparenz für Verbraucher, keine gesunde Nahrung, keine Lebensmittel-Ampel, keine schadstofffreie Luft, keine verantwortungsvollen Technologien, keinen Ausbau der Erneuerbaren Energien, keine sicheren Ausbildungs- und Arbeitsplätze, keine sichere Währung, keine umweltfreundliche Mobilität, keinen ressourcenfreundlichen Konsum; also keine Nachhaltigkeit.

Das globalisierte System der großen Konzerne, besonders der Großbanken, bedroht mittlerweile die ganze Menschheit. Diese strukturelle Bedrohung ist viel größer als die von radikalen politischen Gruppen oder Terroristen. Und am Ende steht die Klimakatastrophe.

Die Macht der Konzerne brechen!

Für keinen wesentlichen Bereich der Ökonomie, geschweige denn für die Gesamtichtung der Wirtschaft (wie der Gesellschaft) haben Politiker substanzielle Gedanken, Ideen, Vorstellungen erarbeitet. Alles, was ihnen einfällt, ist die gebetsmühlenhafte Beschwörung von Wirtschaftswachstum als Allheilmittel.

An sich sind die Regierungen und Abgeordneten dazu da, den "Nutzen des Volkes" zu mehren und für eine – auch unternehmerische – Ausgewogenheit und Chancengleichheit zu sorgen, d.h. auch die kleinen und mittelständischen Betriebe zu fördern und vor allem die Verbraucher zu schützen! Doch was tun, wenn die maßgeblichen Politiker (und somit auch Staatsanwälte) bereits mehrheitlich im Griff der großen Konzerne sind?

Ein Konzern ist kein Diktator, den man töten kann; Konzerne sind komplizierte und weitverzweigte 1000-köpfige Machtmonster mit Mafia-ähnlichen Strukturen. [Wir sind mal gespannt, ob man uns gar nötigen wird, diesen Artikel zu löschen...]

Wir müssen Sand ins geölte Getriebe werfen. Eine freie Gesellschaft entsteht nur durch Dezentralisierung der Macht. Wirkliche Alternativen müssen daher von gesellschaftlichen Initiativen und Projekten ausgehen.

"Wenn die Mächtigen versagen, müssen wir eben auf der kleinen Ebene aktiv werden. Da kann man sehr viel erreichen, wenn die Menschen nur gut genug informiert sind", sagt die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom. "Wenn du in einer Stadt lebst, der der Klimawandel egal ist, musst du sie unter Druck setzen."

Eine andere Lösung liegt bei den hoffentlich aufgeklärten Konsumenten, denn sie entscheiden, bei wem sie welche Produkte kaufen!

Hat allein BP die Schuld, wenn die Verbraucher immer mehr Ölprodukte kaufen? Wissen Verbraucher überhaupt noch, was sie da kaufen und essen? Wussten Sie, dass alle Walnüsse im Walnuss-Eis von Mövenpick aus China stammen?

Es sind die Verbraucher in ihrer Gesamtheit, die den Konzernen ständig ihr hart verdientes Geld zufließen lassen. Wer umweltschädliche Produkte kauft, unterstützt in erster Linie die Konzerne und ihr perfides, marodierendes und zerstörendes System. Wer jedoch ökologisch, biologisch, regional und/oder fair produziert kauft, kann das bislang nur bei kleinen und mittelständischen Erzeugern tun. Es gibt auch Banken und Regionalgemeinschaften, die nicht konzern gelenkt sind. Es soll sogar Kinofilme geben, die nicht von Konzernen produziert und vermarktet werden.

Regionale Ökonomien stärken: Es geht um die Dezentralisierung und Regionalisierung der Wirtschaft. Wenn genug an der Basis und in der Region gekauft wird, trocknet dies

das Einkommen und die Macht der Konzerne am besten aus und fördert dabei die Basis und die eigene Region.

Allerdings darf man dabei nicht immer nur auf den Preis schauen, denn billige Produkte per Preisdiktat mit meist nur kurzer Haltbarkeit (produziert mit Kinderarbeit, umweltschädlichen fossilen Ressourcen sowie weiten Versorgungswegen nebst Unentsorgbarkeit) sind die Spezialität der Konzerne.

Kaufen Sie lieber gute Qualität auf dem Wochenmarkt statt im Discounter, das stärkt auch Ihren regionalen Mittelstand.

Und: Kaufen Sie Ökostrom bei einem sauberen Betreiber, auch wenn es Sie womöglich 2-3 Euro mehr im Monat kosten kann. Nur das trockenet die Macht der Stromkonzerne aus, weil **Sie** ihnen das Geld abziehen und dann zudem Atom- und Kohlekraftwerke überflüssig werden.

Nicht politische Wahlen verbessern Ihr Leben, sondern reflektiertes Verbraucherverhalten. Der größte Druck geht von den Verbrauchern durch ihr Konsumverhalten aus und wohin ihr Geld fließt. Dies ist leider die einzige Wahl, die Sie als Bürger(in) noch haben.

Auch wenn es schwierig ist: Vermeiden Sie Produkte von Konzernen, wo Sie nur können, wenn Ihnen wenigstens diese Wahlmöglichkeit erhalten bleiben soll.

Gesunde anspruchsvolle Qualität statt billiger umweltbedrohender Quantität – Sie entscheiden beim Einkaufen über Ihre Lebensqualität, Ihre Zukunft und die ihrer Kinder! Mehr bei

[Interview mit einem Ex-Manager / http://www.hans-joachim-selenz.de/index.html](http://www.hans-joachim-selenz.de/index.html)

<http://www.hans-joachim-selenz.de/wirtschaftskriminalitaet/lobbyarbeit/index.html>

http://exchange.plant-for-the-planet.org/artikel_global/flassbeck_dradio_201008.pdf

<http://www.zeit.de/politik/deutschland/2010-04/spenden-partei-analyse-teil-2>

<http://www.parteispenden.unklarheiten.de>

http://www.spiegel.de/thema/parteienfinanzierung_in_der_eu

<http://www.hans-joachim-selenz.de/kommentare/2010/kreative-parteienfinanzierung.html>

<http://www.streifzuege.org/2010/krise-und-staatliche-transformation>

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/148097>

<http://www.sueddeutsche.de/konzerne-kapital-wird-im-grossen-stil-vernichtet>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33291/1.html>

<http://www.welt.de/die-welt/wirtschaft/article8541815.html>

<http://www.attac-bern.ch/index.php?id=377>

Korruption: Der Weg des Geldes

Es wäre ein Albtraum für alle korrupten Politiker: Eine Maschine, die alle zwei Wochen einen Zettel ausspuckt, auf dem etwa zu lesen ist: "Frau XY, CDU-Abgeordnete, erhält 50.000 Euro Spenden vom Agrarunternehmen 'Bauernwerke' und hat sich nun dafür eingesetzt, dass diese Firma niedrigere Steuern zahlen muss."

Sieben Potsdamer Informatikstudenten haben nun ein Programm mit dem Namen GovWild entwickelt, das Verbindungen zwischen Politikern, Unternehmen und Parteien aufzeigen soll. Hier kann Otto Normalrechercheur etwa herausfinden, dass der Energiekonzern Eon regelmäßig an Union, FDP und SPD spendet, während er in den USA Geld vom "Public Buildings Service" erhält.

Längst nicht alle relevanten Informationen finden sich hier. In Deutschland erfasst GovWild beispielsweise Großspenden an die Parteien, staatliche Subventionen aber nur im Agrarbereich. In den USA wird detailliert dokumentiert, welche Firma wieviel Unterstützung von der Regierung erhält, aber wie der US-Wahlkampf mit Spenden der Konzerne finanziert wird, bleibt leider weitgehend im Dunkeln.

Der Anspruch des Programms ist dennoch richtig: Möglichst viele vorhandene Informationen zusammenfassen und übersichtlich darstellen. Denn Transparenz bedeutet mehr als lange Listen und Tabellen, die nur von Experten durchschaut werden. Deshalb wurden bislang sieben öffentliche Datensammlungen zusammengefasst, die insgesamt über 10 Gigabyte groß sind.

Informationen gibt es über 200.000 Personen sowie über fast 250.000 Firmen und Regierungsstellen. Mehr bei

<http://www.freitag.de/alltag/1030-folge-dem-weg-des-geldes>

<http://www.govwild.org>

Faire Preise für Europas Bauern

Trotz steigender Preise für Milch und andere Lebensmittel geht es vielen Bauern weiterhin schlecht. In einem Initiativbericht fordert das EU-Parlament eine gerechtere Gewinnverteilung zwischen Einzelhandel, Verarbeitungsbetrieben und Bauern. Die gesamte Lebensmittelkette ("food chain") soll auf den Prüfstand. Mehr bei <http://www.euractiv.de/faire-preise-fr-europas-bauern-003599>

Gentechnik - Patente - Biopiraten: Der Ausverkauf der Artenvielfalt

Die Auseinandersetzung um die Atomenergie droht eine andere umweltpolitische Weichenstellung in den Hintergrund treten zu lassen, die verheerende Konsequenzen haben könnte: Das europäische und das deutsche Gentechnikgesetz sollen geändert werden. Setzt sich die Genlobby durch, so ist zu vernehmen, droht die bislang geltende Nulltoleranz zu kippen – es könnte vorbei sein mit gentechnikfreiem Saatgut. Und ob sie Gensaat anbauen oder nicht, sollen die einzelnen Bundesländer selber entscheiden dürfen.

Zudem soll der unter bestimmten Voraussetzungen geltende Grenzwert für Lebensmittel, nach dem 0,9% genmanipulierte Inhaltsstoffe erlaubt sind, künftig auch für nicht zugelassene gentechnisch veränderte Organismen gelten.

Die Politik scheint also nicht nur vor der Atomlobby einen Kniefall zu machen. Ganz ähnlich wie bei der Atompolitik sind auch bei der Gentechnik seit Jahren immer die gleichen lahmen „Argumente“ zu hören. Doch bei genauerem Hinschauen entpuppt sich auch diese Propaganda als platte Lüge. Mehr bei

<http://umweltinstitut.org/allgemeines-gentechnik/allgemeines-gentechnik-174.html>

Vorsicht vor Synthetischen Organismen

Im Rahmen der 'Synthetischen Biologie' wird daran gearbeitet, vollständig künstliche Lebensformen zu schaffen. Die geplanten Einsatzmöglichkeiten reichen von der Medizin, der Herstellung von Biowaffen bis zur Landwirtschaft und Energieerzeugung.

Wissenschaftler warnen, es könnten hier neue Krankheitserreger und künstliche Mikroben entstehen, die Ökosysteme zum Kippen bringen können.

Die Auswirkungen einer Verbreitung synthetischer Gene oder Organismen in der Umwelt können nicht abgeschätzt werden. Es ist möglich, dass sie in der Umwelt überdauern und sich rasch ausbreiten, weil sie sich der Kontrolle durch die natürliche Genregulation und evolutionäre Anpassungsmechanismen entziehen können. Dabei können künstliche Gene, die im Labor für bestimmte Zwecke konstruiert wurden, in Wechselwirkung mit der Umwelt oder mit anderen Genen völlig neue, unvorhergesehene Eigenschaften aufweisen.

Unterzeichnen Sie online den Aufruf bei

<http://www.testbiotech.de/unterschreiben>

Klimawandel

Auf unserer Erde findet gegenwärtig ein tief greifender Klimawandel statt. Insbesondere die Polargebiete erweisen sich als extrem sensibel gegenüber geringsten Klimaänderungen. Dies hat weitreichende Folgen, denn sie spielen eine bedeutende Rolle für das globale Klimageschehen. Es muss dringend gehandelt werden, um einschneidende ökologische, ökonomische und soziale Auswirkungen zu verhindern!

>>> Die Gefahrenstudie des US-Verteidigungsministeriums stuft die Gefahren, die

durch den Klimawandel hervorgerufen werden, als größere Bedrohung ein, als etwa die internationale Terrorismusgefahr. Befürchtet werden Unwetter mit Überschwemmungen, massive Hungersnöte und militärische Konflikte beispielsweise durch zunehmende Wasserknappheit.

Renommierte US-Klimaforscher sind nach einem Studium von Daten der Klimageschichte des Planeten zu der Ansicht gelangt, dass das Klimasystem empfindlicher als bisher gedacht ist.

"The danger zone is not something in the future. We're in it now."

Myles Allen, *University of Oxford*

Der Klimawandel schlägt in der Arktis noch schneller zu als in den ohnehin dramatischen Modellrechnungen erwartet.

Wissenschaftler erwarten drastische gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen des Klimawandels, auch für Europa.

Gesundheitliche und wirtschaftliche Folgen des Klimawandels stellen uns in den nächsten Jahrzehnten vor große Herausforderungen, so das Ergebnis einer Tagung des *GSF-Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit* zusammen mit der *Münchener Rückversicherungsgesellschaft*.

Wetterkatastrophen nehmen seit einigen Jahrzehnten drastisch an Zahl und Ausmaß zu. In Europa müssen wir in Zukunft immer häufiger mit extremeren Winterstürmen und Unwettern, Überschwemmungen und Sturzfluten, Hitzewellen und Dürren rechnen. Dazu tragen zunehmend auch Veränderungen bei den atmosphärischen Extremwerten als Folge der globalen Erwärmung bei. Der Klimawandel wird allein in Deutschland Schäden in Milliardenhöhe verursachen.

Die Landflächen der nördlichen Erdhälfte werden sich mit zunehmender geographischer Breite stärker erwärmen. "Auch ein abrupter Klimawandel kann für das 21. Jahrhundert nicht ausgeschlossen werden" warnte Hartmut Graßl, Direktor am Max Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg und forderte eindringlich Maßnahmen zur Anpassung auch in Deutschland. Die gesundheitlichen Risiken der bevorstehenden Klimawandels für Deutschland liegen vor allem in der zu erwartenden Zunahme der Hitzeperioden.

In Sachen Erderwärmung und Meeresspiegel-Anstieg "bewegen uns an der Oberkante dessen, was wir vorhergesehen hatten", sagt Mojib Latif vom Kieler Leibniz-Institut für Meereswissenschaften. Mehr bei

<http://www.umweltdialog.de/vtest.asp?id=1820>

Klimawandel weit schlimmer als befürchtet: Meeresspiegelanstieg um zwei Meter in einer Generation.

Wie aus der 68-seitigen Untersuchung "[Climate Change Science Compendium 2009](#)" hervorgeht, steuert die Erde auf einen Punkt zu, der die Zerstörung der weltweiten Ökosysteme unweigerlich mit sich bringt.

84% der Kinder und Jugendlichen im Alter von 10 bis 14 Jahren machen sich bereits große Sorgen um die Entwicklung des Weltklimas.

>>> Ein riesiger Eisberg, siebenmal größer als Liechtenstein, schmilzt im Südatlantik vor sich hin. In der Antarktis gibt es bereits schmelzende Eisfelder, an deren Rändern das Abbrechen von Gletscherstücken der Größe von Mehrfamilienhäusern zu beobachten ist!

Große Schmelze in der Arktis: Forscher machen dramatische Vorhersagen für das Eis am Nordpol. Es taut in einem brutalen Tempo ab, viel schneller als vom Weltklimarat vorhergesagt. Experten befürchten, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Eisdecke am Nordpol gänzlich abschmelzen könnte. Die Eisfläche auf dem arktischen Ozean hat bereits den zweitniedrigsten je erreichten Wert unterschritten. Nach Ansicht führender Forscher müssen die Staaten weltweit konkrete Maßnahmen zur Vorbereitung auf die Folgen des Klimawandels einleiten und **sich auf Fluten und Dürren vorbereiten.**

Die Bemühungen um den Klimaschutz scheinen vergeblich zu sein.

Der Klimawandel



kostet immerhin an die 20% des globalen Bruttosozialprodukts.



Die Folgen des Klimawandels verursachen bis 2015 voraussichtlich 375 Millionen Hilfsbedürftige – jährlich.

Die zurückliegende Saison war im globalen Maßstab die zweitwärmste je registrierte. Das Jahr 2009 ist das wärmste des letzten Jahrzehnts und das letzte Jahrzehnt war das heißeste seit 150 Jahren. 2010 soll noch wärmer als 2009 werden. Der April 2010 war im globalen Mittel der wärmste je gemessene April.

Es wird heißer und heißer

Wetterkapriolen, Hitzewellen in Russland, Japan und Spanien, dramatische Überschwemmungen in Pakistan, China und Osteuropa, Flut und Dürren in der Sahelzone sind zwar zunächst scheinbar nur Wetterkapriolen, doch die Vielzahl der Extreme weisen deutlich auf die Veränderungen hin, meint auch der Deutsche Wetterdienst und das Umweltbundesamt. Sie gehen davon aus, dass die Durchschnittstemperatur bis zum Ende dieses Jahrhunderts in Deutschland nochmals um 2 bis 4 °C ansteigen wird. Spanien, so zeigt eine neue Untersuchung, wird es in Europa am härtesten treffen. Dieser extrem heiße Sommer derzeit war demnach nur ein Vorbote. Mehr bei <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33255/1.html>

Wer CO2 sät, wird Sturm ernten.

Website macht Klimagelder transparent

Jetzt soll's transparenter werden: Welches Land den Entwicklungsländern wieviel Geld für den Klimaschutz zur Verfügung stellt, ist ab sofort im Internet einzusehen. Die niederländische Umweltministerin Tineke Huizinga stellte die Website faststartfinance.org auf dem Genfer Klimadialog vor. Ziel der Initiative ist es, öffentlich zu machen, wieviel Geld für die kurzfristigen Klimahilfen aus welchem Land in welche Projekte fließt. Kritiker bemängeln, dass nicht deutlich gemacht wird, aus welchen Töpfen das Geld stammt. Bis 2012 wollen die Industrieländer demnach 30 Milliarden US-Dollar zur Verfügung stellen, um Klimaschutz und Anpassung zu unterstützen. Mehr bei <http://www.klimaretter.info/website-macht-klimagelder-transparent>
<http://www.faststartfinance.org>
<http://www.presetext.de/news/100917018/klimapolitik>

Klimakiller Dieselmotoren

Dieselmotoren werden als Klimakiller kaum diskutiert. Doch die Russpartikel sorgen dafür, dass die Arktis und die Gletscher der Erde massiv abnehmen. Zu diesem Schluss kommen Forscher des NASA Goddard Institute for Space Studies. Einen wesentlichen Anteil daran haben Dieselmotoren in Fahrzeugen, Baumaschinen und Schiffen. Eine Expertenrunde hat das Thema "Presseartikel und Dieselfahrzeuge" im Rahmen einer Veranstaltung des VCÖ diskutiert. **"Russpartikel absorbieren das Sonnenlicht und tragen zur Erwärmung der unmittelbaren Umgebung bei"**, so Umweltwissenschaftler Axel Friedrich. "Ein weiterer Effekt ist die Beeinflussung der Wolkenbildung und dadurch eine **Veränderung der Niederschlagsverhältnisse.**"

Studien, wie massiv die Rußpartikel wirken, hat auch der Chemiker Urs Baltensperger vom Labor für Atmosphärenchemie am Schweizer Paul Scherrer Institut durchgeführt. "Untersuchungen von Dieselruß in der Smogkammer und künstlichem Licht haben deutlich gemacht, wie viel zusätzlicher Feinstaub durch die Atmosphärenchemie hergestellt wird. Wir haben auch die Wirkung von Dieselruß auf lebende Lungenzellen erhoben, um zu beurteilen, zu welchen Schädigungen es dadurch kommt. Bereits bekannt ist die Tatsache, dass **kleine Feinstaubpartikel besonders schädlich sind.**" Mehr bei

http://www.umweltdialog.de/Dieselerusspartikel_heizen_Erde_stark_auf.php

Das Zeitalter der Dummheit

Wir nehmen neue Zahlen und Hochrechnungen zum Klimawandel und den zu erwartenden Umweltkatastrophen offensichtlich genauso schicksalsergeben hin wie den Wetterbericht.

Was werden kommende Generationen über uns denken? Müssen wir uns nachträglich vorwerfen lassen, einfach weitergemacht zu haben wie bisher, obwohl wir längst wussten, was da auf uns zukommt? Warum haben wir uns nicht gerettet, als wir noch die Gelegenheit dazu hatten?

Sollten wir etwa unsicher gewesen sein, ob wir unsere Rettung auch wert sind?

Mehr bei

<http://www.delinat.com/ithaka/das-zeitalter-der-dummheit>

<http://tao-cinema.de/cms/age-of-stupid-warum-tun-wir-nichts-.html>

Atomkraft

Die Spaltung von Atomen hat sich als eine sehr störanfällige Methode der Energiegewinnung erwiesen. Sie ist besonders gefährlich, da durch diese Technologie viele Menschen direkt, mittel- oder langfristig sowie über Generationen hinweg schwere gesundheitliche Schäden erleiden können. Abgesehen von der verheerenden militärischen Atomenergienutzung hat auch ihr Spin-off, die sogenannte zivile Variante, katastrophale Folgen gezeitigt – entweder in Form von Unfällen (Windscale, Three Mile Island, Tschernobyl) oder als Folge eines Dauerbetriebs (radioaktive Verseuchung der Irischen See durch den Nuklearkomplex Sellafield und der Küste vor der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague, um nur zwei von zahlreichen Beispielen zu nennen).



Die nukleare Produktionskette führt zur radioaktiven Verseuchung der Menschen, des Landes, der Luft und des Wassers und bedroht unsere Existenz und die zukünftigen Generationen.

Atomkraftwerke sind Klima-Verheizer und Strahlenschleudern. Die Emissionen pro Kilowattstunde werden zukünftig noch massiv zunehmen, denn der Abbau des Urans wird immer energieintensiver werden. Zudem ist Deutschland vom Uran zu 100 Prozent importabhängig!

Eine nachhaltige Entsorgung des Atom Mülls ist derzeit nicht möglich. Es gibt bisher weltweit kein einziges geeignetes Endlager, allenfalls fragile Zwischenlager. Das gilt auch für die Entsorgung von Atomkraftwerken.

Stromkartell und Atomlobby tun jetzt so, als würden sie die Welt vor einem Klimakollaps bewahren. Doch Greenwashing ist eben kein Klimaschutz.

Die Steuerzahler und Verbraucher kostet die Nutzung der Atomkraft seit Jahrzehnten Unsummen – zugunsten der Betreiber. Atomkraft wurde von Anfang an mit hunderten von Milliarden staatlich subventioniert – sie hätte sich sonst schon wegen der gewaltigen externen Kosten nie gerechnet. In Deutschland gehören übrigens Kohle- und Atomkraftwerke zu den größten Stromverbrauchern!

Die vier großen Energieriesen E.ON, RWE, EnBW und Vattenfall kontrollieren vier Fünftel des gesamten Energiegeschäftes und damit bisher auch die Netze. Mehr bei

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/Totgesagte-leben-laenger---die-Doku>

Frontal 21: Die Lüge vom billigen Atomstrom bei

<http://www.youtube.com/watch?v=ZPe4NNCW04>

http://umweltinstitut.org/radioaktivitat/atominfo_kampagne-768.html

Der AKW-Laufzeiten-Skandal

Kein einziges deutsches Atomkraftwerk wäre heute genehmigungsfähig, da nicht sicher genug! Daher sollen nun die Sicherheitsstandards aufgeweicht werden.

Wichtig ist auch die Endlagerung, doch es gibt weltweit keine geeigneten Endlager. Gorleben ist mit Sicherheit nicht geeignet. Erdgasvorkommen unter dem Salzstock Gorleben könnten die Eignung noch zusätzlich in Frage stellen. Dennoch sollen per Gesetz Enteignungen erleichtert werden. Die Polizei rechnet mit starken Protesten im Wendland.



Seit Jahren steigt die Anzahl der Störfälle. Und gegen Flugzeug-Absturz sind die alten AKW auch nicht geschützt. Mit handelsüblichen panzerbrechen Waffen könnte sogar ein ganzes AKW zerstört werden!

Daher ist eine Laufzeitverlängerung auch **verfassungswidrig**, denn sie richtet sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Das bereits 36 Jahre marode AKW Biblis hätte nach geltendem Recht schon längst stillgelegt werden müssen, wäre die Frist nicht mittels Reduktion der Leistung durch den Betreiber gestreckt worden. Nun soll der Reaktor weitere acht Jahre bekommen, oder auch mehr, wenn RWE sein Spielchen wiederholen sollte. Immerhin bringt es RWE jährlich mehr als 600 Millionen Gewinn. LobbyControl fordert daher die Offenlegung der neuen Verträge mit den AKW-Betreibern.

Entsprechend zu Alter und Anzahl ihrer AKWs zogen die Papiere von RWE an der Börse um 5,2%, ENBW um 5,5% E.ON um 3,04% und Vattenfall um 0.7% an. Denn die 17 deutschen AKW bringen dem Stromkartell einen Gewinn von insgesamt 50 Milliarden Euro jährlich ein. Dennoch steigen die Strompreise laufend und der Steuerbürger zahlt für Atomrisiken und Endlagersanierung. Die Ursachen liegen in der Monopolstruktur.

So wird Windkraft einfach vergeudet, da die Großkraftwerke die Netze verstopfen. Das ist natürlich fatal für die bisherigen Bestrebungen, die Stromversorgung regenerativer und dezentraler zu organisieren als bisher.

Als "Brückentechnologie" könnten auch Gaskraftwerke mit KWK dienen.

Vorrang für die erneuerbaren Energien aufgehoben

Kanzlerin Merkel verspricht vollmundig das Anbrechen des Zeitalters erneuerbarer Energien, während sie gerade vor den Energiekonzernen eingeknickt ist. Doch es ist ein Rückschlag für erneuerbare Energielösungen, die dringende Investitionen benötigen. Da gibt es nämlich eine Klausel in den Verträgen, wonach die Konzerne keine 1,4 Milliarden Euro in erneuerbare Energien investieren müssen, wenn sie eine ausreichende Summe in ihre alten AKW investieren. Der Vertrag als Kernstück des energiepolitischen Konzepts der Bundesregierung entlässt die Atomkonzerne aus der Verantwortung für den Ausbau der Erneuerbaren. Das Schlimmste ist jedoch, dass die Regierung keinerlei Weichen stellt für die Beteiligung vieler Akteure an der Energiezukunft im Land, sondern dem Stromkartell alle Karten in die Hand gibt.

So entsteht den Energiekonzernen ein satter **Gewinn von mindestens 5,5 Milliarden Euro durch die Laufzeitverlängerung**. Diese haben nun allen Grund, Frau Merkel, Herrn Brüderle etc. sehr dankbar zu sein.

Der Bevölkerung bleiben dafür die alten, teils schon sehr maroden Atommeiler für die nächsten Jahrzehnte erhalten. Sicherer können die Schrottmeiler auch durch Investitionen nicht werden, denn es gibt für sie schon lange keine Ersatzteile mehr. Übernimmt Frau Merkel denn auch wirklich die Verantwortung, wenn sie im strahlensicheren Bunker einen Gau überlebt?

Die Unterstützung der Bevölkerung für die Regierung ist sehr gering. Wenn jetzt also genug von uns unsere Opposition kundtun, könnte der Wille der Bürger die Atomlobby übertrumpfen. **Unterzeichnen Sie diese dringende Petition an Kanzlerin Merkel** bei http://www.avaaz.org/de/ausstieg_jetzt

Schiebung auch bei den Energieszenarien der Regierung:

Die von der deutschen Bundesregierung vorgestellten Energieszenarien sind von den Instituten Prognos, EWI und GWS erarbeitet worden, die den vier großen Energiekonzernen traditionell nahe stehen!

Mit genauso plumpen wie fragwürdigen Tricks wird versucht, Laufzeitverlängerungen von Atomkraftwerken als geeignetes Mittel zur Erreichung der Klimaschutzziele erscheinen zu lassen. Es wird nur ein „Referenzszenario“ mit Atomausstieg in einer Art "Business as Usual" mit wenig ambitionierten Vorgaben an die Steigerung der Energieeffizienz in allen Bereichen gerechnet, während in den vier Szenarien mit Laufzeitverlängerungen (4, 12, 20, 28 Jahre) deutlich ambitioniertere Vorgaben zugrunde gelegt werden. So kommt es, dass in den Szenarien mit Laufzeitverlängerungen der Strom- und Wärmeverbrauch in Haushalten erheblich stärker zurückgeht, die PKW weniger Sprit verbrauchen, die Kühlschränke sparsamer sind usw.. Der Energieverbrauch technischer Geräte und in Gebäuden hat mit Laufzeitverlängerungen aber nun rein gar nichts zu tun, doch durch diesen Trick stehen die Szenarien mit Laufzeitverlängerung besser da, als das eine Referenzszenario mit wenig ambitionierten Energieeffizienzvorgaben ohne Laufzeitverlängerung.

Bei den Erneuerbaren Energien im Strombereich fallen die Ziele für 2020 noch geringer aus, als es die Bundesregierung erst wenige Wochen zuvor der EU-Kommission mitgeteilt hatte.

Fazit: Die Szenarien liefern keine substantielle Begründung für die Verlängerung von Laufzeiten von Atomkraftwerken. Der plumpe und leicht zu durchschauende Versuch, Szenarien mit Laufzeitverlängerungen gegenüber dem Referenzszenario ohne Laufzeitverlängerungen schön zu rechnen, macht die Szenarien faktisch zu einem **PR-Gag für die Interessen der Energiekonzerne**. Als seriöse Grundlage für die Ausrichtung der Energiepolitik auf die Ziele wie Klimaschutz, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Bezahlbarkeit, regionale Wertschöpfung und Technologieführerschaft taugen sie mit Sicherheit nicht.

Interessant ist die Feststellung der Gutachter, dass auch Laufzeitverlängerungen kaum günstigere Strompreise bringen werden. Erneut bestätigt wird damit eine Marktstudie der Deutschen Umwelthilfe (DUH), die besagt, daß **je höher der Atomstromanteil im Unternehmensmix ausfällt, desto teurer der Strompreis für Haushaltskunden** ist.

Die Laufzeitverlängerungen dienen also weder dem Klimaschutz noch der Preisstabilität. Mehr bei

<http://www.zdf.de/ZDFmediathek/Frontal21-Dokumentation-Der-grosse-Bluff>

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2010/0909/atom.php5>

<http://www.bmu.de/energieeffizienz/downloads/doc/46367.php>

[http://www.duh.de/pressemitteilung.html?tx_ttnews\[tt_news\]=1781](http://www.duh.de/pressemitteilung.html?tx_ttnews[tt_news]=1781)

<http://www.naturefund.de/das-maerchen-vom-sauberem-uran.html>

http://www.greenpeace.de/super_gau_in_akw_durch_tragbare_waffensysteme

<http://www.cleanenergy-project.de/11688>

Dieser AKW-Laufzeiten-Skandal wird aufgrund der Brisanz und der allgemeinen Entrüstung sehr wahrscheinlich die derzeitige Bundesregierung zu Fall bringen. Wer wettet mit, dass die politischen Entscheidungsträger schon jetzt einen millionenschweren Beratervertrag des Stromkartells in der Tasche haben, der selbstverständlich erst nach deren Amtszeit beginnt...?

>>> Aktions- und Menschenkette: "Atomkraftwerke abschalten!" am Samstag, den 9. Oktober ab 13.00 Uhr in München.

Polizei befürchtet Eskalation der Gewalt

Die neue Atompolitik wird Polizei unweigerlich an Belastungsgrenze bringen, denn AKW-Gegner planen für den Herbst die schärfsten Proteste in der Geschichte ihrer Bewegung.

Nach der Einigung der Bundesregierung, die Laufzeiten der deutschen Atommeiler zu verlängern, befürchtet die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine Zuspitzung des immer offener zu Tage tretenden Konflikts zwischen Politik und Gesellschaft.

GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg: „Die Atompolitik ist das jüngste Beispiel dafür, **wie sehr sich die Politik von Bürgerinnen und Bürgern abzusetzen scheint**. Die Verlässlichkeit in politische Entscheidungen scheint einer sich an tagesaktuellen Ereignissen orientierenden Beliebigkeit und einer **zu großen Nähe zur Wirtschaftslobby** gewichen zu sein.“ Es sei keine allzu gewagte Prognose, dass sich die zunehmende Protest-bereitschaft immer stärker und öfter auf die Straße verlagern

werde. Mehr bei
<http://www.gdp.de/gdp/gdp.nsf>

AKW: Schwangere, Kinder, Leukämie

Schweizer Atomanlagen geben beträchtliche Mengen Tritium ab, das Wasser radioaktiv macht. Dieses Tritium könnte der Grund sein, weshalb Kinder, die in der Nähe von Atomanlagen leben, häufiger an Leukämie erkranken als andere Kinder. Auch die Strahlenschutzkommission fordert Abklärungen.

Die Warnung ist deutlich: Frauen, die ein Kind bekommen möchten, sollten sich von Atomanlagen fernhalten – sonst riskieren sie, dass ihr Kind an Leukämie erkrankt. Kinder, die im Umkreis von fünf Kilometern um ein Atomkraftwerk (AKW) leben, haben im Vergleich zu unbelasteten Kindern ein doppelt so hohes Risiko, an Leukämie zu erkranken; das erhöhte Risiko lässt sich bis zu einem Umkreis von fünfzig Kilometern feststellen, nimmt aber mit wachsender Distanz ab; ganz kleine Kinder sind wesentlich gefährdeter. Mehr bei

<http://www.woz.ch/artikel/inhalt/2010/nr37/Schweiz/19795.html>

Energiewende

Fossile Großkraftwerke sind ein Auslaufmodell, wachsende Effizienz befördert erneuerbare Energien. Wir werden in Zukunft geordnet schrumpfen.

Mit dem schlichten Absatz von möglichst viel Strom und Gas werden die Energiekonzerne auf Dauer nicht mehr erfolgreich sein – "Energiedienstleistung" und "Effizienzmarkt" sind die neuen Schlagworte.

Die Impulse für die Energiewende waren immer wieder vielfältig – da gab es die Ölkrise im Herbst 1973, die Tschernobyl-Katastrophe im April 1986 oder auch den starken Ölpreisanstieg zur Jahresmitte 2008. Bis die Botschaft aber auch bei den etablierten Energieversorgern ankam, sollte es gleichwohl ein wenig dauern. Technische Aspekte, Sicherheit, Energieeffizienz oder gar gesellschaftliche Vorgaben für den künftigen Energiemix spielen bei der Frage der Laufzeitverlängerung von AKWs offenbar keine Rolle. Es geht nur um drei Punkte: Geld, Geld und Geld.

Kein Wunder, dass da mancher Investor im Sektor der Stromerzeugung auf die Bremse tritt. Zumal den Großkraftwerken inzwischen auch durch den Ausbau der erneuerbaren Energien Jahr für Jahr weitere Absatzmengen wegbrechen.

Das Stromnetz und die Grundlastkraftwerke verhindern allerdings mehr regenerative Energie. Mehr bei

<http://www.taz.de/digitaz/2010/06/09/a0179.nf/text>

<http://www.heise.de/tp/blogs/2/148188>

[Die Emissionsfreie Gesellschaft](#)

100 gute Gründe gegen Atomkraft

<http://100-gute-gruende.de/lesen.xhtml>

Machen Sie Schluss mit Atom:

<http://www.contratom.de/aktion/schluss>

<http://www.nein-zu-atomkraft.de/mitmachen.php>

<http://www.campact.de/atom2/sn3/signer>

<http://umweltinstitut.org/atomabwaehlen>

<http://www.anti-atom-treck.de>

<http://www.ausgestrahlt.de>

Seit dem Störfall im AKW Krümmel verzeichnen Ökostromanbieter einen deutlichen Anstieg.

Doch Null Umweltnutzen bei Ökostrom-Mogelpackungen: In einer kürzlich veröffentlichten Studie warnt Greenpeace vor **Schein-Ökostrom**, der sich bei genauerem Hinsehen als völlig wirkungslos für die Umwelt entpuppt. Ökostromprodukte, die lediglich auf dem

Handel mit Herkunftsnachweisen wie RECS-Zertifikaten basieren oder einfach nur auf Wasserkraft aus alten Großkraftwerken zurückgreifen, tragen diesen Namen laut dem Verfasser der Studie zu Unrecht.

Wechseln Sie zu einem seriösen Ökostromanbieter

Demokratie oder Öl-Wirtschaft Ölwirtschaft

Öl-Wirtschaft ist das Gegenteil von Demokratie. Die Öl-Wirtschaft unserer Zeit besteht aus Kartellen und ist stark verflochten mit anderen Schlüsselindustrien, wie z.B. der Autoindustrie, in der sie seit hundert Jahren investiert ist und dort stärksten Einfluss ausübt. Aufgrund enormer Finanzreserven kann sie auch ständig Druck auf Politiker ausüben, sie gar kaufen, wie in den letzten Jahren besonders gut in den USA zu beobachten war. Diese Ölwirtschaft schürt Präventivkriege (Afganistan, Irak, War on Terror etc.) und beugt die Demokratie. Es ist ihr gelungen, alle Staaten der Erde unter ihr Joch zu bringen, denn es besteht eine globale Abhängigkeit vom Öl und damit von der Öl-Wirtschaft. 95% aller industriell gefertigten Produkte hängen heute von der Verfügbarkeit von Erdöl ab. Die Öl-Konzerne (Öl-Kartelle) sind also die Hauptverantwortlichen für die Klimakatastrophe - und deren Konsumenten. Mehr zum Thema



[Öl-Wirtschaft](#)

Der unverantwortliche Umgang mit dem Öl schafft jedoch viele ökonomische, politische und ökologische Probleme, die wir uns im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr leisten können. Dazu gehören sowohl die ständig auftretenden Ölkatastrophen, als auch die Irak-Annektion, die bereits vor dem 11. September 2001 beschlossene Sache war sowie auch immer noch steigende CO2 Emissionen. Denn die USA verbrauchen jedes Jahr 1,5% mehr. Und 40% davon verbrauchen die Autos.

>>> Die USA verbrauchen ein Viertel des gesamten Öls. Würde der heutige durchschnittliche Kraftstoffverbrauch der amerikanischen Pkws auf den Durchschnittsverbrauch der deutschen Pkws reduziert werden, so könnte der derzeitige jährliche Erdölverbrauch von Afrika, China und Indien eingespart werden!

<http://www.nlpb.de/04-pub/EXPO-PDF/energie.pdf>

Peak-Oil-Studie der Bundeswehr und ihre Bedeutung für Kommunen

Die Peak-Oil-Studie der Bundeswehr beleuchtet insbesondere die gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit Peak Oil verbunden sind: "95% aller industriell gefertigten Produkte hängen heute von der Verfügbarkeit von Erdöl ab" sowie "Eine starke Verteuerung des Erdöls stellt ein systemisches Risiko dar". Dieses "systemische Risiko" wird begründet durch die "vielseitige Verwendbarkeit von Erdöl als Energieträger und als chemischer Grundstoff".

Eine Versorgungskrise ist durch Peak Oil durchaus wahrscheinlich, insbesondere der Nahrungsbereich wird durch die Studie kritisch hinterfragt und beleuchtet.

Nach Ansicht der Autoren "wird so gut wie jedes gesellschaftliche Subsystem von einer Knappheit betroffen sein". Der Transformationsprozess wird als "Anpassung auf sich ändernde, sicherheits-politische, globale Rahmenbedingungen" verstanden. Alle damit zusammenhängenden Wirtschaftssektoren würden im Falle starker Einschränkungen in einen Abschwung geraten – von der Automobilindustrie über das Baugewerbe bis hin zum Tourismus.

Erwartete Auswirkungen: **Mobilitätskrise, Nahrungsmittelknappheit, Transformationsarbeitslosigkeit.**

Vorbeugendes Handeln würde bedeuten, Peak Oil bereits heute bei stadtplanerischen

Vorgängen zu berücksichtigen und Siedlungsstrukturen so auszurichten, daß sie möglichst ohne ölgetriebene Fahrzeuge zurechtkommen.

Der Hirsch-Report ist eine für die US-Regierung unter George W. Bush erstellte Studie zu Peak Oil. Sie kommt zu der Aussage, für ein Umgehen der Wirkungen von Peak Oil sei ein Zeitraum von 20 Jahren erforderlich. Mehr bei

<http://peak-oil.com/peak-oil-studie-bundeswehr.php>

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/33/33244/1.html>

Das Ende des Erdölzeitalters

Das Szenario rückt näher. Weil die Welt immer mehr Erdöl verbraucht und das schwarze Gold immer schwerer zu erreichen ist, wird es unweigerlich zu weiteren Umweltkatastrophen und ernststen Verteilungskrisen kommen. Auch westliche Industrienationen wie Deutschland werden bei explodierenden Preisen eine neue Energiearmut kennenlernen.

Selbst industrie-freundliche Experten sagen, eine radikale Wende ist schon lange überfällig. Nicht erst in zehn oder in 20 Jahren. Wir dürfen nicht bis zum letzten Tropfen Öl warten, sondern müssen jetzt Alternativen finden und ausbauen.

Dennoch kippt das deutsche Wirtschaftsministerium die Forderung nach Stopp neuer Öl-Bohrungen in Tiefsee-Gebieten. Mehr bei

<http://www.wdr.de/tv/monitor/sendungen/2010/0909/oel.php5>

http://www.greenpeace.de/themen/oel/presseerklarungen/artikel/tiefsee_oel

Deepwater Horizon - der Horror geht weiter

45% der Vorkommen von Deepwater Horizon besteht aus dem sehr klimaschädlichen Methangas, das nun nach oben drängt. Wenn die Decke der Höhle mit dem Methangas schwach wird, kann das

- zu einer gewaltigen Explosion führen, was einen **Tsunami** auslösen würde bzw.
- große Mengen von **Schwefelwasserstoff** erzeugen, der **ca. 35 Mio. Menschen sowie Tiere vergasen würde!**

Mehr in einem Video bei

<http://www.youtube.com/watch?v=wM5eYw3BALs>

Erdöl-Weltverbrauch

Treibstoff, Düngemittel, Pestizide, Heizöl, Plastikspielzeug, Einkaufstaschen, CDs, Kontaktlinsen, Medikamente und Farben – fast alle Produkte und Aktivitäten des industrialisierten Lebens sind mit Ölverbrauch verbunden. Jeden Tag werden weltweit etwa 85 Millionen Barrel Öl verbraucht. Oder anders ausgedrückt: jede Sekunde 1.000 Fässer.

Weltweit werden jedes Jahr auch 50.000 Tonnen Mineralöl-Produkte für die Kosmetik-Industrie zum Waschen, Duschen oder Baden hergestellt. Das entspricht der Größe eines respektablen Öl-Tankers. 50.000 Tonnen landen jedes Jahr durch den Abfluss in den Wasserkreislauf, also verunreinigen weltweit 50.000.000.000 Kubikmeter Wasser.

Der tägliche Verbrauch weltweit liegt im Jahr 2008 bei etwa 87 Millionen Barrel.

USA (20,1 Millionen Barrel)

Volksrepublik China (6 Millionen Barrel)

Japan (5,5 Millionen Barrel)

Deutschland (2,7 Millionen Barrel)

Der Weltverbrauch steigt derzeit um 2% pro Jahr an.

Nur eine Stunde des Welt-Ölverbrauchs lief bislang im Golf von Mexico aus.

<http://oe1.orf.at/programm/232223>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l#Weltverbrauch>

Der nächste Ölpreisschock kommt bestimmt!

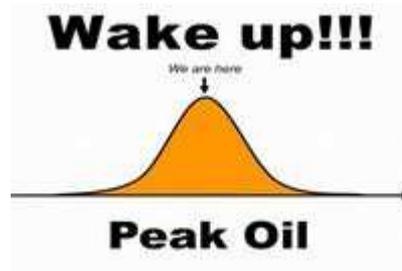
Momentan ist der Ölpreis rezessionsbedingt niedrig. **Sobald die Rezession überwunden ist, wird es mit den hohen Ölpreisen wieder losgehen - und mit steigenden Preisen für Metalle, Nahrungsmittel etc.** Russland will künftig enger mit den Scheichs kooperieren. Zudem plant Putin, mit anderen wichtigen Förderländern ein Gaskartell nach dem Vorbild des Ölkartells zu formen, um die westlichen Industriestaaten besser unter Druck setzen zu können.

Das größte Problem ist, dass wir auf den nächsten Ölpreisschock und seine heftigen wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen überhaupt nicht vorbereitet sind. Uran ist wegen Unentsorgbarkeit als Ersatz ungeeignet und würde nicht mal 40 Jahre reichen.

Sonne, Wind und Wasserkraft stehen uns mehr als ausreichend zur Verfügung sowie auch das nötige know how. Doch die derzeitige Wirtschaft und die von ihr gesponsorte Politik haben Angst vor Veränderungen, denn noch verdienen einige sehr gut am Öl.

Die Vernachlässigung der Umwelttechnologien bringt uns das größte nur vorstellbare Desaster; ökonomisch, politisch, sozial und klimatisch! Einzige Lösung: Jetzt im großen Stil in erneuerbare Energien (Wind, Wasser, Sonne, Geothermie, Meeresenergie etc.) zu investieren und Ölprodukte gezielt zu verweigern.

Nach dem Ölpreisschock ist es zu spät! Mehr in unserem [Spezial Ölschock und Ölpreis](#)



Totale Überwachung

Zusammenhang zwischen Konsumgütern, Technik und totaler Überwachung

Nach der neuen europäischen Sicherheitsdoktrin ist jede(r) Bürger(in) solange verdächtig, bis seine/ihre Unschuld bewiesen ist. Diese Unschuld ist täglich neu zu beweisen.

Wir sind es von den Medien gewohnt, täglich mit **personaler Gewalt** in Form von Einzelkriminalität behagelt zu werden. Dadurch wird eine negative Gewalt-Realität erzeugt, die die **strukturelle Gewalt** des Staates oder der Konzerne - auch in Form von Bespitzelung - rechtfertigen soll. Nun braucht man uns nur noch davon abzulenken, dass diese täglich wächst.

Der Wunsch nach totaler Überwachung ist Ausdruck einer bourgeoisen Gesellschaft, die die Menschen gern kategorisieren, ordnen und kontrollieren möchte. Dieser Wunsch entspringt einer Zwanghaftigkeit zur Ordnung, die sich z.B. auch bei vielen Innenministern beobachten lässt. Es beginnt in der analen Phase und endet im Faschismus. Was anfangs nur geregelte "Sicherheit" schaffen soll, endet in seinen Auswüchsen leicht in einem krypto-faschistischen System mit konsumptivem Schwerpunkt, in dem nur das Geld regiert. Es lässt sich auch gut als "Demokratie" tarnen (obwohl es nur eine Parteien-Demokratie mit schnöden Fraktionszwängen ist, aber keine Basis-Demokratie). Faschismus ist die extremste Form des Kapitalismus. Die Erziehung zum konsumptiven Verhalten konzentriert die Menschen hauptsächlich auf den Erwerb von Konsumgütern oder gar deren Anbetung, denn so verlieren sie schnell den Überblick und das Interesse am politischen und gesellschaftlichen Gefüge und deren Unzuträglichkeiten. Nur so ist es zu erklären, dass kaum jemand noch dagegen aufbegehrt; weder gegen sinnbefreiten Konsumzwang, noch gegen (noch) verfassungswidrige Bürgerrechtsbeschneidungen wie Datenschutz oder das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.



Telefon, Internet, Handy, Cam, Navigationssystem etc. sind die Konsum-Köder, die diese totale Überwachung überhaupt erst möglich machen!

Technische Barrieren wird es bald nicht mehr geben. Die Vermarktungstaktik, also die Kunst des Schmackhaftmachens, ist einfach: Die am wenigsten akzeptierbaren Möglichkeiten werden für die Zeit des Markteinstiegs vertuscht, um sie anschließend besser verkaufen zu können.

Die Gesellschaft ist es, die darüber zu entscheiden hat, wie viel persönliche Überwachung sie künftig zulassen will.

Die Greuelzeiten im Dritten Reich waren nur möglich, weil die Exekutive zu viel Macht erhalten hatte.

Das private Wach- und Sicherheitsgewerbe wächst im Zeichen der Krise.

"Sicherheit" ist zu einer Rechtfertigung für staatliche wie privatwirtschaftliche Interventionen bzw. Angebote geworden. Auf dem Spiel steht die individuelle Freiheit. Sicherheit und Unsicherheit werden konstruiert, sie sind Ausdruck von Macht, Interessen und sozialer Ungleichheit.

Interessant ist auch, dass es bei uns gar keinen Terror gibt, sondern nur Terroristen-Jäger und Panikmacher. Wird die Angst vor Terror etwa bewusst geschürt, um uns in den totalen Überwachungsstaat zu treiben? Mit Überwachung lassen sich offensichtlich gute Geschäfte machen...

Wesentlich gefährlicher als der internationale Terrorismus sind Faktoren, die unser modernes Leben bestimmen:

1. Die Folgen des Klimawandels.
2. Der Kampf um die immer knapper werdenden Ressourcen, vor allem das Öl.
3. Die wachsende Ungleichheit in Wirtschaft und Gesellschaft, die Allmacht der Konzerne und eine damit einhergehende Marginalisierung der Mehrheit der Menschen - vor allem in den ärmeren Ländern.
4. Die weltweite militärische Aufrüstung, konsequente Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen und herrschende Kriege, die Unmengen an CO2 produzieren. Mehr bei

<http://panopti.com.onreact.com/swf/index.htm>

<http://www.taz.de/digitaz/2008/06/28/a0027.nf/text>

Der präventive Überwachungsstaat:

"Der Mensch, der bereit ist, seine Freiheit aufzugeben, um Sicherheit zu gewinnen, wird beides verlieren."

Benjamin Franklin

Privatsphäre: Einstellungen absichtlich verwirrend

User sind nicht Kunden von Google und Facebook, sondern deren Ware.

"Falls wir den Tod der Privatsphäre erleben, dann, weil Internet-CEOs sie umbringen", meint Bruce Schneier, Chief Security Technology Officer der British Telecom (BT). Denn Unternehmen werden in Sachen Datenverwertung machen, was technisch möglich und legal ist.

Privatsphäre und Datenschutz gehörten zu den meistdiskutiertesten Begriffen im Webzeitalter. Schneier ortet die Probleme mit dem Schutz der Privatsphäre im Web im schnellen Übergang von einem sozialen zu einem sozio-technologischen Umfeld. "Denn Google, Facebook und Co machen das Leben einfach öffentlicher", so der Experte in seiner Keynote.

"Menschen sind es gewohnt, Freunden in einem sozialen Kontext Dinge anzuvertrauen", erklärt Schneier. Die Entscheidung, was privat bleibt, wird dort spontan getroffen. Doch gerade für junge Menschen haben Online-Plattformen wie Facebook mittlerweile große Bedeutung gewonnen.

Waren private Daten historisch gesehen schwer zu sammeln, hat sich das mit dem modernen Web massiv geändert. Online-Datenspuren beim Surfen oder in sozialen Netzen sind unvermeidlich. Verschärft wird das Problem durch geschäftliche Interessen.

"Man ist nicht Googles Kunde oder Facebooks Kunde, man ist das Produkt",

betont der BT-Sicherheitsexperte. Immerhin geht es den Unternehmen darum, Daten an

Werbetreibende zu verkaufen. Mehr bei
<http://www.presstext.de/privatsphaere-einstellungen-absichtlich-verwirrend>

Google Street View Widerspruch

Mit der Einführung von Street View ermöglicht Google es seinen Nutzern, die Welt mithilfe von Bildern zu erkunden.

Die Funktion stellt dem Nutzer innerhalb von Google Maps Panoramabilder auf Straßenebene in 360° horizontal und 290° vertikal zur Verfügung. Google sammelt diese Bilder unter Verwendung einer speziellen Ausrüstung, besonderen Kameras und unter Einsatz von GPS-Technik. Nach Aufnahme der Bilder werden diese zu einem 360°-Panoramabild zusammengefügt.

Inzwischen haben bereits Hunderttausende Bürger einen Antrag auf Löschung ihrer digitalen Hausfassade gestellt.

Wenn Sie nicht wollen, dass Ihr Haus, Ihr Grundstück und ihr Auto für alle User im Internet sichtbar sind, können Sie dies Google untersagen. Jede/r hat das Recht und die Möglichkeit, der Erhebung und Veröffentlichung von Aufnahmen der eigenen Person, von eigenen Kraftfahrzeugen und selbst bewohnten oder genutzten Gebäuden bzw. von Grundstückseigentum zu widersprechen.

Hinweise zum Einlegen von Widersprüchen gegenüber Google Inc./USA bzw. Google Germany GmbH gegen die Erhebung und Veröffentlichung von Aufnahmen durch den Dienst „Google Street View“ finden Sie bei

<https://www.datenschutzzentrum.de/streetview-widerspruch.html>

<http://www.forumcivique.org/technologie-die-kunst-des-schmackhaftmachens>

und bei

<http://streetview-deutschland.appspot.com/submission>

Automatischer Scan

Hundertausendfach scannt die Polizei jeden Tag per Kamera Kfz-Kennzeichen und gleicht die Ergebnisse mit ihren Datenbanken ab - sogar trotz eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts.

Die Bürger stehen unter Generalverdacht: Mecklenburg-Vorpommerns Polizei hat im großen Stil Autokennzeichen gescannt und mit Fahndungslisten abgeglichen - obwohl das Verfassungsgericht diese Praxis verurteilt hat. Jetzt droht erneut eine Klage. Mehr bei
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,638526,00.html#ref=nldt>

USA scannen jetzt alle zehn Finger: Ab jetzt müssen Ausländer, die am Washingtoner Flughafen in die USA einreisen, die Abdrücke aller Finger abgeben. Bisher wurden nur die beiden Zeigefinger gescannt.

Und in Japan werden biometrische Daten von Ausländern für 70 Jahre gespeichert.

"Wir werden aus hysterischer Terroristenfurcht mehr und mehr zu einem Überwachungsstaat, betreiben das Geschäft der Terroristen, indem wir das, was die Terroristen so hassen, nämlich den demokratischen Rechtsstaat, mehr und mehr schwächen, wobei wir es hinnehmen, dass ein Innenminister von Woche zu Woche die Angst antreibt. Ich sehe, wie bestimmte politische Leistungen der Nachkriegszeit, auf die wir eigentlich stolz sein könnten, ins Bröckeln geraten. Wir machen einen Kotau vor dem Terrorismus, indem wir die Grundrechte schmälern. All das ist Abrissarbeit am Gebäude der Demokratie, das wir mit sehr viel Mühe aufgebaut haben."

Günter Grass

Mehr vom **Überwachungsstaat** finden Sie bei

<http://www.umweltbrief.org/neu/html/Ueberwachung.html>

Buchtipp

Franz Josef Radermacher: *Global Impact*

Der neue Weg zur globalen Verantwortung:

Wir leben in einer Entwicklungsphase der Menschheitsgeschichte, die allen Menschen weltweit einen einmaligen materiellen plus einen einmaligen immateriellen Wohlstand beschern kann. Die Summe aus beidem bedeutet Lebensqualität, die weitaus umfassender und reicher ist als alles, was wir bisher kennen.

Vor uns steht die absolut realistische Gestaltbarkeit atemberaubender Entwicklungsoptionen für jeden einzelnen Menschen dieses Planeten, wie das Buch von Franz Josef Radermacher, Marianne Obermüller und Peter Spiegel zeigt. Ein solcher Entwicklungspfad würde nicht nur jene zwei Drittel der Menschheit endgültig aus der Armut führen, die heute auf der Verliererseite stehen. Auch für jene in den alten Industrieländern, die in Zeiten der Globalisierung ihren Wohlstand gefährdet sehen, gäbe es wieder eine mehr als positive Zukunftsperspektive.

Autoren: F.J. Radermacher, M. Obermüller, P. Spiegel, ISBN: 978-3446417304, 19,90 EUR, Online-Kauf bei

http://www.globalmarshallplanshop.org/Global_Impact

Filmtipp

Paul Watson: *Die Bucht (The Cove)*

Hauptschauplatz des Filmes ist der japanische Küstenort Taiji. Das scheinbar beschauliche und meeressäuger-freundliche Fischerdorf birgt eines der best gehüteten Geheimnisse der japanischen Fischereiindustrie. Insgesamt 23.000 Delfine werden jedes Jahr von September bis Mai in der Hafengebucht zusammengetrieben. Beauftragte von Delfinarien kommen aus aller Welt, um sich Tiere für ihre Shows herauszusuchen. Alle anderen Delfine werden in einer nicht einsichtbaren, streng bewachten und gut abgesicherten Bucht brutal abgeschlachtet. Ihr Fleisch landet in Kühltheken japanischer Supermärkte, oft getarnt als Fleisch großer Bartenwale.

Die blutige Praxis in der Bucht von Taiji war noch nie gefilmt worden. Ric O'Barry, der sich für das brutale Treiben mit verantwortlich fühlt und seit mehr als 35 Jahren gegen das Geschäft mit den Delfinen ankämpft, hat sich zum Ziel gesetzt, dem Schlachten in Taiji ein Ende zu setzen.

Von Flipper zu "The Cove" – Eine Story wie bei James Bond. Mehr bei

http://dokumentarfilme.suite101.de/article.cfm/filmkritik_die_bucht

<http://www.thecove-derfilm.de>

<http://www.art-tv.ch/3422-0-bestellen.html?page=5305>

Statistik

Zwei Drittel gegen AKW-Laufzeitverlängerung

Laut einer repräsentativen Meinungsumfrage von TNS-Emnid lehnen fast zwei Drittel der deutschen Bevölkerung die Laufzeitverlängerung alter Atomkraftwerke ab.

48% der Deutschen wollen die Laufzeiten der Kernkraftwerke überhaupt nicht verlängern; 29% wären für eine Verlängerung um höchstens zehn Jahre, so wie sie auch Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) anstrebte. Das bedeutet aber: 77% der Deutschen sind gegen eine Laufzeitverlängerung von 15 Jahren oder mehr, so wie Mappus sie will. Das haben die Meinungsforscher von TNS Emnid für die ZEIT ermittelt.

Mehr bei

<http://www.zeit.de/2010/30/Atomausstieg>

Umwelt-Termine

01. bis 03. Oktober 2010 in in Hirschluch (Storkow) bei Berlin: **Wem gehört die Welt?** Tagung zu den Gemeingütern mit Referentinnen aus Deutschland, Österreich und Argentinien.

<http://www.inkota.de/wem-gehoert-die-welt>

02. Oktober 2010 ab 15:00 Uhr auf dem Faustgelände in Hannover: AKW? Nee! - **Energiewende jetzt!** - Power down! - Hannover regenerativ!

<http://www.hannover-entdecken.de/content/view/15939/1>

03. Oktober 2010: Tag der Regionen mit dem diesjährigen Motto "**Wer weiter denkt - kauft näher ein**".

<http://www.tag-der-regionen.de/index.php?id=162>

<http://www.tag-der-regionen.de/index.php?id=21>

05. Oktober in Berlin: **Ressourceneffizienz - Motor für Grünes Wachstum.**

http://www.netzwerk-ressourceneffizienz.de/MaRes_Grosskonferenz

05. bis 06. Oktober 2010, Vienna Marriott Hotel, Wien: 14. Handelsblatt Jahrestagung Energiewirtschaft Österreich 2010. Die **Energiezukunft aktiv gestalten.**

<http://www.handelsblatt.com/euroforum/energie-austria>

06. Oktober 2010 ab 9:30 Uhr in den Räumen des BMZ in Berlin: **Konferenz Nachhaltige Ressourcenpolitik.** Globale und nationale Herausforderungen und Chancen.

<http://www.foes.de/veranstaltungen/dokumentationen/2010/berlin-06102010>

07. und 08. Oktober 2010 in Freiburg im Breisgau: **Nachhaltigkeit als Lebenskunst** - Ein Modell für Städte und Gemeinden

<http://www.nachhaltigkeit-als-lebenskunst.de/generationen.pdf>

07. bis 10. Oktober.2010, Messe Augsburg: **Stadt der Zukunft** - 11. Internationale Fachmesse für Regenerative Energien & Energieeffizientes Bauen und Sanieren.

<http://www.renexpo.de/stadtderzukunft>

08. Oktober 2010, 19 bis 21 Uhr, Großer Hörsaal der Biologie, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main (Bockenheimer, nördliches Ende der Siemeyerstraße): **Lasst das Öl im Boden!**

<http://energybridges.eu/termine.html>

09. Oktober, 13 Uhr in München: KettenreAktion Bayern. **Aktions- und Menschenkette gegen die Verlängerung der AKW-Laufzeiten und das völlig verfehlete Energiekonzept.**

<http://www.anti-atom-bayern.de>

11. Oktober 2010, 17:30 Uhr in Essen: "**Ethische Zukunftsgestaltung durch nachhaltige Energieversorgung**". Vortrag und Diskussion mit Dr. Franz Alt

<http://content.globalmarshallplan.org/ShowEvents.asp?ID=1202>

19. bis 21. Oktober 2010 in München: **Messe eCarTec München 2010** - Elektro-Fahrzeuge, Energiemarkt, Speicher-Technologie, Antriebsstrang, Fahrzeugbau und Finanzen.

<http://www.ecartec.de>

24. bis 27. Oktober 2011 in Köln, Koelnmesse: **UrbanTec** - Technologien und Entwicklungen für Ballungsräume und Megacitys.

<http://www.urbantec.de>

29. Oktober 2010 bis 31.10.2010 in Stuttgart: **Konferenz Auto.Mobil.Krise.** Umbau, Betrieb, Auswege aus der Krise.

<http://www.rosalux.de/themen/gesellschaftsanalyse/veranstaltungen>

29. und 30. Oktober 2010 in Gelsenkirchen: **6. Bundesweite Job- und Bildungsmesse Erneuerbare Energien** für Studierende, Berufstätige und Schüler/innen.

<http://www.jobmotor-erneuerbare.de/htdocs/index.php?detail=1>

13. November 2010 von 9.30 bis 17.30 Uhr im Umweltzentrum Düsseldorf, Merowinger Str. 88: **Störfall-Risiken der chemischen Industrie**, CO-Pipeline, Kohlekraftwerke und Phosgen-Produktion

http://www.cbgnetwork.de/downloads/CBG_Jahrestagung2010.pdf

13. November 2010 von 11.00 bis 15.00 Uhr im Haus der Wirtschaft in Stuttgart: Debattenveranstaltung **Desertec - Pro und Contra**.

<mailto:niklas.sieber@gmx.de>

15. bis 18. November 2010 im CCH Hamburg: **ISWA World Congress 2010** - "Urban Development and Sustainability".

<http://www.iswa2010.org/de>

22. bis 24. November 2010 im SEMINARIS CampusHotel Berlin: 5. Internationale **Konferenz zur Speicherung Erneuerbarer Energien IRES 2010**.

Hochtemperaturspeicher für Concentrating Solar Power (CSP), Wärmespeicher für industrielle Anwendungen, Eigenverbrauch von Solarstrom, realisierte Systeme und damit gemachte Betriebserfahrungen.

http://www.eurosolar.de/de/index.php?option=com_content&

23. und 24. November 2010, Hotel Ininside by Melia Düsseldorf: 12. EUROFORUM-Jahrestagung "**Immissionsschutzrecht im Wandel**". Neues Wasserrecht schafft Einheitlichkeit.

<http://www.euroforum.de/pr-immissionsschutzrecht>

29. bis 30. November 2010 in Berlin: Seminar **EU-Fördergelder für Energiedienstleister - Wie erfolgreich EU-Mittel beantragen?**

http://www.europaeische-akademie.net/Erfolgreich_EU-Mittel_beantragen

30. November bis 2. Dezember 2010 in Berlin: 9. Internationales CTI Symposium und **Expo "Innovative Fahrzeug-Getriebe, Hybrid- und Elektro-Antriebe"**.

<http://www.getriebe-symposium.de/presse>

19. bis 20. Mai 2011 Messe Augsburg: **DCONex** - KongressMesse für Schadstoffmanagement und Altlastensanierung.

<http://www.itv-altlasten.de>

Umweltfreundliche Grüße

Ihr Umweltbrief-team

PS: Elektrische Felder beeinflussen Hirnfunktionen

Die Studie der Yale University wirft aber auch viele Fragen über die möglichen Effekte elektrischer Felder, wie der von Stromleitungen und Mobiltelefonen auf, mit denen wir uns umgeben. Sie könnten von bedeutendem klinischem Wert hinsichtlich der Kontrolle von Epilepsie, Depressionen und anderen neuronalen Fehlfunktionen sein. Auch zwischen elektromagnetischen Feldern, Krebs und Leukämien gibt es einen Zusammenhang.

http://www.elektrosmognews.de/news/20100805_192937.html

http://www.elektrosmognews.de/news/20100919_130908.html

<http://opa.yale.edu/news/article.aspx?id=7646>



Schreiben Sie uns Ihre Meinung an global@umweltbrief.de

Umweltbrief

> [Gratis-Newsletter abonnieren](#)

[home](#)

Der *Umweltbrief* ist nicht verantwortlich für die Inhalte externer Internet-Seiten.